

SCHÖN WOHNEN.



Exklusive Neubau- Eigentumswohnungen

- ◆ Anspruchsvolle Architektur, durchdachte Grundrißgestaltung
- ◆ Hochwertige Ausstattung
- ◆ Sehr hohe Bauqualität
- ◆ Hervorragende Objekt- und Baubetreuung
- ◆ Optimales Preis - Leistungsverhältnis



Siebentritt & Donauer
Bauträger GmbH

Kornstr. 108 - 92318 Neumarkt · Tel.: 091 81/3206-0 · Fax: 3206-20
Internet: www.siebentritt-donauer.de · E-Mail: info@siebentritt-donauer.de



DIE HERREN DER RINGE DIE DREI HÄUSER



Gebrauchtwagen:
Amberger Strasse 2a · 92367 Pilsach
Tel.: 0 91 81/47 55-0 · Fax: 0 91 81/47 55-50

Audi Neuwagen:
Regensburger Strasse 32 · 92318 Neumarkt
Tel.: 0 91 81/2 35-0 · Fax: 0 91 81/2 35-52

VW Neuwagen:
Nürnberger Strasse 25 · 92318 Neumarkt
Tel.: 0 91 81/2 35-0 · Fax: 0 91 81/2 35-15

Gewusst was & wo

Seite 4 Im Brennpunkt: Steuererhöhungen
Massive Steuererhöhungen geplant

Seite 8 Meinung
Neumarkt investiert in die Stadtentwicklung



Seite 9 Parlamentsticker
Wortbruch, Konnexitätsprinzip, Bürokratieabbau



Seite 11 Unternehmen im Porträt
Neumarkter Stadtbusse und Arzt-Reisen

Seite 12 Altkleider
Altkleider machen Beute

Seite 13 Ökosteuern
Rot-Grün bricht sein Versprechen



Seite 15 Eigenheimzulage
Massive Einschnitte für Privatleute

Seite 16 Kommunale Finanzen
Kollaps oder endlich Reformen!



Seite 18 Bildung
Pilotprojekt "Modus 21" an der Hauptschule Weinbergerstraße

Seite 21 Berichte aus den Stadtteilen
Altenhof, Pölling, Hasenheide

Seite 22 Berichte aus den Stadtteilen
Stauf, Stadtnorden, Pelchenhofen, Woffenbach



Seite 23 Berichte aus den Stadtteilen
Mühlen, Stadtkosten, Stadtsüden, Höhenberg

Seite 25 Berichte aus den Stadtteilen
Stadtmitte, Holzheim, Wolfstein



Seite 27 Berichte aus den CSU-Arbeitsgemeinschaften
Frauenunion, Mittelstandsunion, Junge Union

Seite 28 Gesundheit
Höhere Beiträge und schlechtere Versorgung der Patienten



Seite 29 Kultur
Kunst und Kultur am Klinikum Neumarkt

Seite 31 Namen im Gespräch
Horst Seehofer, Barbara Lanzinger, Christoph Bauer, Markus Ochsenkühn



Liebe Lesinnen und Leser!

trotz großer Finanznot in den Öffentlichen Kassen investiert der Freistaat Bayern kräftig im Bereich Bildung und Schule. Nicht von ungefähr schnitten die Schüler aus Bayern bei der PISA-Studie in nahezu allen Kategorien besser ab als ihre Kollegen aus allen anderen Bundesländern! Mit dem Schulversuch *Modus 21* in der Hauptschule an der Weinbergerstraße ist Neumarkt vorne dabei, wenn es darum geht, neue und zukunftsweisende Konzepte zu entwickeln. Irmgard Wanke und Harald Frank befragten hierzu Gisela Burger.

Die massiven Steuererhöhungen, die die Bundesregierung nach der Bundestagswahl beschlossen hat, werden von Harald Frank aufgezeigt. Für Bauunternehmen und das Bauhandwerk bedeutet das geplante Zusammenstreichen der Eigenheimzulage einen dramatischen Rückschlag in einer sowieso schon außerordentlich schlechten Wirtschaftslage! Natürlich geht die Abzocke auch bei der so genannten „Öko-Steuer“ weiter.

Rund 70 % der Mehrbelastungen der letzten Jahre für Städte und Gemeinden wurden durch Gesetze der Rot/Grünen Regierung in Berlin verursacht. Viele Städte und Gemeinden stehen jetzt vor dem Ruin. Über die Notwendigkeit einer Reform der Kommunalfinanzen denkt Gerlinde Wanke nach.

Über die bedenklichen Geschäfte bei der Verwertung von Altkleidern und über sinnvolle Alternativen dazu werden Sie von Ruth Dörner informiert.

„Kunst im Klinikum“ ist ein neues Projekt, das Ihnen Jürgen Bäuml vorstellt.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!


Helmut Jawurek

Vorsitzender des CSU-Stadtverbandes

Bundesregierung will massive Steuererhöhungen durchsetzen:

Steuervergünstigungsabbaugesetz belastet Bürger und Wirtschaft mit 46 Milliarden

Am 20. November wurde im Bundeskabinett der Entwurf zum Steuervergünstigungsabbaugesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz will rot-grün die in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Steuererhöhungen umsetzen.

Der GeAm 20. November wurde im Bundeskabinett der Entwurf zum Steuervergünstigungsabbaugesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz will rot-grün die in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Steuererhöhungen umsetzen. Der Gesetz-

sondern der scheinbar einfachere Weg der Steuererhöhung gewählt.

Wie ist der Ablauf?

Der Gesetzentwurf wurde am 20.11.02 im Kabinett verabschiedet. Er ist im Bundesrat zustimmungspflichtig. Er soll in 1. Lesung am 3.12.02 im Bundestag behandelt werden. Die 2./3. Lesung Bundestag ist für 21.2.2003 geplant. Im Bundesrat soll die 2. Beratung voraussichtlich am 14.3.2003 stattfinden.

stimmte Leistungen oder durch Erweiterung der Bemessungsgrundlage (z.B. Besteuerung des Wertzuwachses bei Aktien und Immobilien, Einschränkung der Verlustverrechnung bei Unternehmen und Privatleuten usw.). Nachfolgend stellen wir Ihnen die wichtigsten Maßnahmen vor:

Besteuerung von nicht selbst genutzten Immobilien

Bislang wurden Gewinne aus der Veräußerung von nicht selbst genutzten Immobilien versteuert, wenn die Veräußerung innerhalb der Spekulationsfrist von 10 Jahren erfolgte.

Zukünftig werden Veräußerungsgewinne aus Immobiliengeschäften (nicht selbst genutzte Immobilien) generell mit 15 Prozent versteuert. Diese Regelung gilt für Anschaffungen nach Gesetzesbeschluss (voraussichtlich 21.2.2003). Bereits geltend gemachte Abschreibungen sind zukünftig nicht mehr zu versteuern.

Für Altbesitz, der vor in Kraft treten der neuen Regelung erworben wurde, wird pauschal ein Veräußerungsgewinn von 10 Prozent unterstellt. Es ergibt sich damit eine Steuerbelastung von 1,5 Prozent des Veräußerungspreises (15 % bezogen auf 10 Prozent). Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Verkäufer nachweisen kann, dass der Gewinn geringer ausgefallen ist.

Bei der Besteuerung des Wertzuwachses handelt es sich um eine massive Steuererhöhung und nicht um die Streichung eines „Steuerprivilegs“. Rot-grün will mit der Neuregelung auf alle Veräußerungsvorgänge zugreifen, betroffen ist davon der überwiegende Teil der Bevölkerung.

Was sind die Folgen?

Die von rot-grün geplante Besteuerung des Wertzuwachses im Privatvermögen wird weitreichende Konsequenzen für den Immobilienmarkt, die Bauwirtschaft und das Mietniveau insgesamt haben.

Die Koalition setzt damit in verantwortungsloser Weise die private Altersvorsorge der Bürger aufs Spiel. Wurde den Menschen im Rahmen der Rentenreform noch gepredigt, dass sie auch privat für ihr Alter vorsorgen müssen, erfahren sie heute, dass der Erwerb einer Eigentumswohnung in den letzten Jahren die falsche Investition war.

Die von Eichel geplante Versteuerung von



entwurf sieht Steuererhöhungen für 2003 in Höhe von ca. 3,5 Mrd. Euro ansteigend auf ca. 16,7 Mrd. Euro in 2006 vor – in der Summe über 46 Mrd. Euro. Der Wahlbetrug ist damit amtlich. Entgegen den Versprechungen vor der Wahl erhöht die rot-grüne Bundesregierung massiv die Steuern. Unglaublich ist die Summe: 50 Steuererhöhungen mutet rot-grün den Bürgern zu. Mit den zu erwartenden Steuermehreinnahmen sollen die klaffenden Haushaltslöcher geschlossen werden, die aufgrund der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten vier Jahre entstanden sind. Heute zeigt sich mehr denn je, dass es die rot-grüne Bundesregierung in den letzten Jahren versäumt hat, strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt, der Wirtschaftspolitik und den Sozialsystemen in Angriff zu nehmen. Die Koalition versucht die Haushaltslücken durch Veränderungen auf der Einnahmenseite zu bekämpfen. Es wird nicht bei der Ausgabenseite angesetzt,

Das Gesetz soll grundsätzlich rückwirkend zum 1.1.2003 in Kraft treten. Ein späterer Zeitpunkt ist zur Abschaffung der Spekulationsfrist für Aktien und Immobilien und Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes geplant.

Was ist generell davon zu halten?

Der vorgelegte Gesetzentwurf stellt ein wüstes Sammelsurium an Einzelmaßnahmen dar, die sich teilweise in ihrer Wirkung widersprechen. Damit führt rot-grün seine eigene Konzeptlosigkeit eindrucksvoll vor. Die beabsichtigten Steuerrechtsänderungen beschränken sich nicht auf den Abbau ungerechtfertigter Vergünstigungen und das sog. „Verstopfen von Steuerschlupflöchern“. Die Änderungen sind zum überwiegenden Teil echte Steuererhöhungen – entweder durch Streichung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf be-

Altbesitz in Höhe von 1,5 Prozent auf den Veräußerungspreis kann einer Zufallsbesteuerung gleichkommen, wenn Immobilien bereits lange in Privatbesitz sind und Unterlagen über die Anschaffung fehlen.

Einführung Pauschalsteuer für Wertpapiergeschäfte

Bisher werden Veräußerungsgewinne aus Wertpapiergeschäften von Privatleuten nach dem Halbeinkünfteverfahren versteuert, wenn zwischen Anschaffung und Veräußerung nicht mehr als 12 Monate liegen. Zukünftig sollen Wertpapiergeschäfte pauschal mit 15 Prozent besteuert werden. Da das Halbeinkünfteverfahren weiterhin zur Anwendung kommt, ergibt sich eine Steuerbelastung von 7,5 Prozent (bezogen auf den Veräußerungsgewinn).

Würden die Wertpapiere vor Gesetzesbeschluss (voraussichtlich 21.2.2003) erworben, wird pauschal ein Veräußerungsgewinn von 10 % unterstellt. Nach Anwendung des Halbeinkünfteverfahrens ergibt sich eine Steuerbelastung von 0,75 % des Veräußerungspreises. Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Verkäufer nachweisen kann, dass der Gewinn geringer ausgefallen ist.

Womit muss gerechnet werden?

Diese Pauschalsteuer für Wertpapiergeschäfte ist ein schwerer Schlag für den Finanzplatz Deutschland in einer Phase, in der das Vertrauen der Anleger ohnehin auf dem Tiefpunkt ist. Der deutsche Aktienmarkt hat im Jahr 2002 weit mehr verloren als alle anderen Aktienmärkte.

Ein Gesamtkonzept der Bundesregierung ist nicht zu erkennen: Bei der Rentenreform wurde von rot-grün noch ein Ausbau der privaten Altersvorsorge gefordert. Nun wird der, der für sein Alter privat zusätzlich vorsorgt, weiter bestraft. Die Kursgewinnsteuer trifft nicht nur Aktien, sondern alle Wertpapiere, d.h. auch Sparer in festverzinslichen Wertpapieren und Investmentfonds.

Abschaffung Bankgeheimnis

Das im Steuerrecht geltende Bankgeheimnis für Privatleute wird abgeschafft. Sowohl für Kapitalerträge als auch für Wertpapiergeschäfte haben Banken für die Finanzämter Kontrollmitteilungen zu fertigen.

Wozu wird dies führen?

Dem Bürger wird in guter rot-grüner Tradition noch weiter hinterher geschneffelt. Damit wird weiter an Symptomen kuriert, anstatt eine praktikable und

international tragfähige Lösung bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften zu installieren (z.B. Abgeltungssteuer). Das Ergebnis wird sein, dass die Reichen ihr Geld weiter in das Ausland schaffen werden, der kleine Mann jedoch vom Überwachungsstaat noch stärker stranguliert wird.

Die Gerichte haben entgegen rot-grüner Behauptungen gerade nicht eine generelle Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, sondern nur eine gleichmäßige Erhebung der Steuer für die Fälle angeordnet, in denen Wertpapiere innerhalb eines Jahres veräußert werden.

Die Einführung einer Spekulationssteuer ist nicht die Streichung einer Subventionsnorm. Die bisherige Nichtbesteuerung ist in der Systematik des Einkommensteuerrechts begründet.

Mehr Steuern auf privat genutzte Dienstautos

Die private Nutzung eines betrieblichen Pkw wird derzeit pauschal mit 1 % des Listenpreises versteuert. Zukünftig wird der private Nutzungsanteil auf 1,5 % des Listenpreises erhöht. Als Alternative kann der private Nutzungsanteil durch die Führung eines Fahrtenbuchs nachgewiesen werden.

Wir wirkt sich das in der Praxis aus?

Hierzu ein Beispiel aus dem Alltag: Arbeitnehmer A bekommt einen Firmenwagen im Wert von 35.000 • gestellt und darf diesen auch für Privatfahrten verwenden. Nach bisheriger Rechtslage muss A deshalb monatlich 350 • versteuern. Über das ganze Jahr bedeutet dies zusätzlich zu versteuernde Einnahmen i.H.v. 4.200 •. Bei einem persönlichen Steuersatz von 48,5 % kostet A die private Nutzung des Firmen-Pkw rund 2.037 •. Zukünftig hat A monatlich 525 •, jährlich also 6.300 • zu versteuern. A kostet derselbe Firmen-Pkw zukünftig also 3.055 •, d.h. rund 1.000 • mehr!

Die Konsequenzen werden sein, dass wieder mehr Fahrtenbücher geführt werden (Bürokratie) und mittelfristig kleinere Dienstwagen angeschafft werden. Die Automobilindustrie hat angeführt, dass diese Änderung den Automobilsatz massiv beeinträchtigen wird, was Auswirkungen auf Arbeitsplätze haben wird.

Mensch ärgert sich!



Voller Mehrwertsteuersatz für Zahnersatzleistungen

Die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent auf 16 Prozent für Zahnersatzleistungen erhöht die Kosten im Gesundheitswesen. Die Patienten werden zudem bei der Eigenbeteiligung stärker belastet.

Massive Einschnitte bei der Eigenheimzulage

siehe ausführlicher Bericht auf Seite 15

Einführung einer Mindestbesteuerung

Verluste von Privatleuten und Unternehmen dürfen nicht mehr unbeschränkt verrechnet werden. Zukünftig muss in der Einkommen- und Körperschaftsteuer mindestens die Hälfte des Gewinns versteuert werden.

Was sind die Folgen im Alltag?

Die derzeit bestehende Möglichkeit der Verlustverrechnung in anderen Kalenderjahren sorgt dafür, dass konjunkturelle Schwankungen zumindest im Steuerrecht abgefedert werden. Die Beschränkung der Verlustverrechnung offenbart die Hilflosigkeit von rot-grün, ihre verkorkste Unternehmenssteuerreform aus dem Jahr 2000 und die damit verbundene Erosion des Steueraufkommens bei der Körperschaftsteuer wieder in den Griff zu bekommen. Die Verlustverrechnung soll nicht nur bei Kapitalgesellschaften, sondern auch für Personenunternehmen eingeschränkt werden. Dies bedeutet einen erneuten Angriff von rot-grün auf den Mittelstand.

Lesen Sie weiter auf Seite 7.



SAMMÜLLER

BERGGASTHOF · HOTEL · FESTSAAL

- Festsaal für Ihre Traumhochzeit
- Hochzeitsuite
- König-Ludwig-Stuben
- Tagungsräume
- Wintergarten
- Tanzcafé
- Biergarten mit Panoramablick über Neumarkt

92348 Neumarkt · Schafhof 25
Tel.: 091 81/4057-0
Fax: 091 81/4057-20

Ökologie
Tradition
Genuss

ZZZisch

Traditionelle Brauerei, biologische Reinheit und natürliche Frische geben unseren Getränken ihre hohe Qualität - ob Bierspezialitäten, Softdrinks oder unserem natürlichen Mineralwasser.

Neumarkter
Lammsbräu

Gasthof und Metzgerei

FEIHL

Unser seit 1844 bestehender Familienbetrieb bietet eine weltweit bekannte gute Küche vereinigt mit den Vorteilen der hauseigenen Metzgerei. Unsere modernen Gästezimmer mit Dusche, WC und geschmackvoll renovierten Nebenräumen sind besonders für Busreisende und Familienfeiern geeignet.

92348 Neumarkt Pölling · Hauptstraße 50
Telefon 09181/41094 · Fax 09181/465602

G A S T H A U S

KAISER

Ingolstädterstraße 6 / 92318 Neumarkt
Tel. 0 91 81/299 777

Die Wunschbox ...mehr als nur Garage

für Sie individuell gestaltet...

DAHMIT
KONZEPTBESTON

DAHMIT Betonwerke
Am Grünberg 1 · 92318 Neumarkt-Pölling
Fax 0 91 81 - 40 59 - 0 · Fax 0 91 81 - 40 59 - 12
e-mail: produktinfo@dahmit.de · Internet: http://www.dahmit.de

Bayernland

Das Käse- & Metzgerei

Bayernland

Saftige Amulets, glückliche Käse, ursprüngliche Natas, gewachsene Traditionen, hochwertige Butter- und Käsespezialitäten - daran denkt jedes, wenn er Bayernland liest. Kein Wunder also, dass wir seit Jahrzehnten einen festen Platz im Kölschrank haben.

www.bayernland.de

Ihr Restaurant für

- * Steakgerichte *
- * Kroatische Küche *

Wir sind umgezogen !!!

Pächter: Thomas Marie
Pulverturmstraße 5 - Am Viehmarkt
92318 Neumarkt
Telefon 091 81 / 2 64 77-0 Telefax 09 181 / 2 21-44

Metzgerei - Partyservice - Gasthaus - Fremdenzimmer

Familie Wanke

92318 Neumarkt - Wolfstein
Sudetenstraße 1

Gasthaus "Zum Siegenhof"
Friedrich-Straße 10
Telefon: 09181/ 41930
Telefax: 09181/ 44708

Metzgerei / Partyservice
Franz-Wanke
Telefon: 09181/ 41981
Telefax: 09181/ 44708

Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (sog. KMUs) bedeutet dies einen Liquiditätsabfluss. Eine Mittelstandskomponente fehlt.

Einschränkung von Verlustvorträgen beim "Mantelkauf"

Nach bisheriger Rechtslage geht der Verlustvortrag bei einer Kapitalgesellschaft verloren, wenn mehr als 50 Prozent der Anteile übertragen werden und die Gesellschaft ihren Geschäftsbetrieb innerhalb der nächsten 5 Jahre mit überwiegend neuen Betriebsvermögen fortführt (Ausnahme Sanierung). Mit dieser Regelung hat man seinerzeit den Handel von sog. Verlustmänteln unterbunden (Stichwort „Mantelkauf“).

Diese Regelung soll nunmehr massiv ausgedehnt werden. Zukünftig geht der Verlustvortrag bei einer Kapitalgesellschaft bereits dann verloren, wenn Anteile entgeltlich oder unentgeltlich übertragen werden und dem Erwerber nach dem Anteilswechsel allein oder zusammen mit einer nahe stehenden Person mehr als 50 Prozent der Stimmrechte zustehen. Eine Sanierungsklausel gibt es nicht mehr.

Wozu wir dies führen?

Die Regelung wird die Unternehmensnachfolge bei mittelständischen Kapitalgesellschaften wesentlich erschweren, da die Vorschrift auch bei unentgeltlichen Übertragungen zur Anwendung kommt. Die Änderung wird darüber hinaus dazu führen, dass wirtschaftlich angeschlagene Betriebe – selbst wenn sie einen neuen Kapitalgeber gefunden haben – nicht mehr saniert werden. Mit dieser Gesetzesänderung setzt die rot-grüne Bundesregierung in verantwortungsloser Weise bewusst Tausende von Arbeitsplätzen auf das Spiel.

Verschärfung der Abschreibungsregeln

Für ab dem 1.1.2003 hergestellte oder erworbene Betriebs- und Wohngebäude soll der lineare Abschreibungssatz generell auf 2 % gesenkt werden. Die degressive Gebäude-AfA wird deutlich reduziert: statt 5 % können in den ersten 8 Jahren nur noch 3 % und in der Folgezeit nur noch 2 % Abschreibung in Anspruch genommen werden. Auch wird die sog. Vereinfachungsregel, wonach bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens bei Anschaffung/Herstellung im ersten Halbjahr der volle Abschreibungsbetrag (anstatt des zeitanteiligen Betrages) geltend gemacht werden kann, ersatzlos aufgehoben.

Die Abschreibungsregelungen wurden von rot-grün bereits in der letzten Legislaturperiode wesentlich verschärft.

Folgen für die Wirtschaft?

In der derzeitigen konjunkturellen Lage die Abschreibungsbedingungen weiter zu verschärfen, ist Gift für die Wirtschaft. Von den geplanten Änderungen wird insbesondere der Mittelstand betroffen sein. Die Attraktivität von Immobilieninvestitionen geht zurück, was die Bauwirtschaft und das Mietniveau belasten wird.

Anrechnung von Körperschaftsteuerguthaben wird eingeschränkt

Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform aus dem Jahr 2000 wurden alte hoch besteuerte Eigenkapitaltöpfe in ein Körperschaftsteuerguthaben umgerechnet. Dieses wird über einen Zeitraum von 15 Jahren aufgelöst. Seit dieser Zeit ist das Körperschaftsteueraufkommen negativ. Zahlreiche Kapitalgesellschaften haben entgegen den Erwartungen der Bundesregierung versucht, ihr Körperschaftsteuerguthaben schnellstmöglich aufzulösen. Die Bundesregierung versucht mit der Verringerung des Anteils der Gewinnausschüttungen, die das Körperschaftsteuerguthaben mindern, von 1/6 auf 1/7 ihre eigenen handwerklichen Fehler zu korrigieren. Der Vorschlag offenbart die Hilflosigkeit von Rot/Grün, die verkorkste Unternehmenssteuerreform aus dem Jahr 2000, wieder in den Griff zu bekommen.

Wer ist davon betroffen?

Es sind diejenigen die Dummen, die bisher nicht ihr Steuerguthaben geltend gemacht haben und auf den Bestand der bisherigen Regelung vertraut haben. Erneuter Beweis dafür, dass rot-grüne Steuerpolitik nicht verlässlich ist.

Abschaffung der gewerbsteuerlichen Organschaft

Gesellschaftsrechtlich verbundene Unternehmen werden auch für steuerliche Zwecke als „ein“ Unternehmen behandelt, wenn die Voraussetzungen der Organschaft vorliegen. Die gewerbsteuerliche Organschaft sorgt dafür, dass auch für Zwecke der Gewerbesteuer eine Gewinn- und Verlustverrechnung bei der Muttergesellschaft vorgenommen wird. Nachdem die gewerbsteuerliche Organschaft bereits in der letzten Legislaturperiode eingeschränkt wurde, wird sie nunmehr ganz abgeschafft. Die Koalition verspricht sich davon höhere

Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Diese sollen den Kommunen zugute kommen. Das Institut der Organschaft ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland von elementarer Bedeutung, da es in Deutschland kein Konzernsteuerrecht gibt.

Welche Kommunen werden verlieren?

Die gewerbsteuerliche Organschaft hatte bisher auch Gemeindefunktion: Der Standort eines Verlustunternehmens innerhalb des Konzerns bekam wegen der Verteilung des Gesamtergebnisses auf den Organkreis trotzdem Steuereinnahmen. Auch wenn durch die Abschaffung der gewerbsteuerlichen Organschaft das Aufkommen aus der Gewerbesteuer insgesamt steigen wird, wird es zu großen interkommunalen Verzerrungen kommen – insbesondere zu Lasten von Kommunen, in denen viele defizitäre Tochtergesellschaften angesiedelt sind.

Voller Mehrwertsteuersatz für landwirtschaftliche Vorprodukte

Für zahlreiche landwirtschaftliche Vorprodukte gilt künftig der volle Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent. Auch gartenbauliche Erzeugnisse sind mit dem vollen Steuersatz zu versteuern. Entgegen ursprünglichen Plänen können Landwirte jedoch weiterhin den Gewinn für Einkommensteuerzwecke pauschal ermitteln. Die Vorsteuerpauschale wird von 9 % auf 7 % reduziert.

Womit müssen die Bauern und Verbraucher rechnen?

Für rot-grün bleiben Landwirte weiterhin bequeme Melkkühe; Die Gesetzesänderung reiht sich nahtlos in die fortlaufende Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Agrarwirtschaft in ein (Anhebung der Steuer auf Agrardiesel, Verschlechterung bei der Altersversorgung für Landwirte) Die Mehrwertsteuererhöhungen werden letztendlich auch den Endverbraucher über erhöhte Lebensmittelpreise treffen. Für die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes für landwirtschaftliche Vorprodukte bei gleichzeitiger Absenkung der Vorsteuerpauschale wird die Vielzahl der Landwirte de facto aus der vereinfachten Berechnungsform getrieben. Alles in allen können wir nur noch hoffen, dass die Union im Zusammenspiel mit allen gesellschaftlichen Kräften möglichst viele dieser Pläne kippen kann. Gelingt dies nicht, so stehen schon heute die Verlierer fest: Der Wirtschaftsstandort Deutschland, Mieter, Landwirte, Unternehmen und Verbraucher.

 Harald Frank

Neumarkt investiert in die Stadtentwicklung!



Alois Karl (52), Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Neumarkt i.d.OPf.

Die Hiobsbotschaften über die Wirtschaftslage in Deutschland reißen nicht ab. Steuererhöhungen, höhere Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei der Sozialversicherung, sinkende Beschäftigtenzahlen und vor allem ein niedriges Wirtschaftswachstum sorgen für ein Klima, das vielerorts

zu großen Einschränkungen und, was besonders schlimm wiegt, zu sehr wenig Investitionsbereitschaft führt.

Diese dramatische Einschätzung umfasst auch viele Städte und Gemeinden Bayerns, wo bereits jetzt 38% aller Gemeinden die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt nicht mehr aus eigener Kraft erwirtschaften können; alleine in der Oberpfalz haben heuer bereits 26 Gemeinden diese Tatsache vermelden müssen. Die Verschuldung der bayerischen Kommunen lag 2001 bei 14,7 Milliarden €, die Pro-Kopf-Verschuldung bei 1.013,00 €.

Gerade in einer solch schwierigen Wirt-

schaftslage wäre es für die öffentliche Hand geboten, antizyklisch zu handeln und jetzt zu investieren. Wir in Neumarkt haben dies vor und wir sind schon ein wenig stolz darauf, dass wir dies finanziell auch können.

Eine solide, sichere und berechenbare Haushaltspolitik über sehr viele Jahre hinweg versetzt uns in die Lage, dass wir jetzt eine **Investitionsoffensive** mit einem Volumen von **fast 92 Mio. €** anstreben können.

Dies ist ein Maßnahmenpaket, das sich sehen lassen kann!

Dabei haben wir für die nächsten Jahre eine Vielzahl von Projekten vorgesehen, deren Realisierung vor allem der in unserer Region traditionell sehr stark ausgeprägten Bauwirtschaft zugute kommen wird.

Schließlich haben wir gerade im Bausektor in Deutschland einen rapiden Rückgang der Beschäftigten zu verzeichnen.

Gerade wurde bekannt, dass im November diesen Jahres 11,2 % weniger Menschen in der Bauwirtschaft beschäftigt sind als noch vor einem Jahr.

Mit den Investitionen von fast 92 Mio. € werden wir eine ganze Reihe von Baumaßnahmen umsetzen, mit denen wir die Stadt Neumarkt auch weiterhin auf einem guten Kurs halten wollen. Ich nenne hier nur als Beispiele die vorgesehene Stadthalle mit Tiefgarage, das geplante Museum Lothar Fischer oder aber

auch die Sanierung städtischer Wohngebäude. Im Tiefbau stehen unter anderem die abwassermäßige Erschließung der östlichen Stadtteile und die Ortsumgehung Pölling an, mit der wir für viele Bewohner dieses Stadtteils eine echte und lange fällige Entlastung schaffen werden.

Aber auch durch die Ausweisung von Gewerbe- und Wohnflächen tragen wir schon lange Zeit dazu bei, dass über unsere eigenen Projekte hinaus zusätzliche Investitionen in Gang gesetzt werden. So haben wir in den letzten Jahren durch die Ausweisung von 120 Hektar Gewerbeflächen und 90 Hektar Wohnbauflächen einen **zusätzlichen Investitionsschub von rund 1 Milliarde € ausgelöst!**

Sie sehen, dass wir in Neumarkt nicht, wie in anderen Kommunen durch die finanzielle Notlage üblich, Vorhaben drastisch zurückschrauben und damit der Wirtschaft und den Menschen noch mehr Einschränkungen bescheren.

Mit Hilfe unserer großen Anstrengungen wollen wir für Neumarkt und unsere Region Zukunft gestalten und so für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sorgen. Unsere momentane Zeit braucht solche Impulse, wie sie Neumarkt mit seiner Investitionsoffensive gibt!

Alois Karl

Neumarkter Werbehaus Jah. 5.8.1988

HWMN

- Werbeartikel
- Luftballons aller Art
- DPD Paketannahme

Gießereistraße 3 · 92318 Neumarkt
 Telefon: (09181) 479198
 Telefax: (09181) 479190
www.neumarkter-werbehaus.de

Impressum:

Herausgeber: Helmut Jawurek, CSU-Stadtverbandsvorsitzender

Redaktionsleitung: Harald Frank (V. i. S. d. P.)

Ständige Mitarbeiter: Jürgen Bäuml, Roland Häberl, Albert Körner, Ludwig Stepper, Dr. Alexander Ströber, Irmgard Wanke

Redaktionsanschrift: Hallertorstrasse 16 a 92318 Neumarkt i. d. OPf.

Anzeigen: Jürgen Bäuml Tel. 01 71 / 219 90 37

Layout: Harald Frank

Schlusslayouts, Scans und Lithos: Martin Friede

Schlussredaktion: Evi Fürst

Titelbild: Gerd Ortner Werbung GmbH Leipziger Strasse 19 92318 Neumarkt i.d.OPf.

Druck: Druckerei Bögl Mariahilfstrasse 59 a 92318 Neumarkt i. d. OPf.

Auflage: 20.000 Exemplare

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion wieder. Weiterverwertung der Artikel nur mit Zustimmung des Herausgebers. Die Raute erscheint vierteljährlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Seit über 50 Jahren Ihr leistungsstarker Partner

Götz
Dienste von Qualität

Mit über 50 Niederlassungen und Stützpunkten in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Österreich, in der Schweiz, der Tschechischen Republik, in Ungarn und Kanada.

zertifiziert nach DIN EN ISO 9001 und 14001

- Reinigung und Hygiene**
- Industriewartung**
- Umweltpflege**
- Sicherheitsdienst**
- Catering**

Götz-Gebäudemanagement
 Hofer Straße 10
 93057 Regensburg
 Tel. (09 41) 64 04- 0, FAX: 64 04-190
<http://www.goetz-dienste.com>
goetz@goetz-dl.de

+ Aus dem Maximilianeum +++ Aus dem Reichstag +



Herbert Fischer fordert beim Konnexitätsprinzip Verantwortung der Grünen in Berlin ein

„Wenn es die Grünen wirklich ernst meinen mit dem Konnexitätsprinzip, dann sollten sie entsprechende Initiativen in Berlin über die rot-grüne Bundesregierung ergreifen.“

Herbert Fischer, MdL und Neumarkter Stadtrat, wies darauf hin, dass in den letzten

Jahren der Bund den Kommunen mehr als 70 Prozent der zusätzlichen Belastungen aufgebürdet habe.

Jüngstes Beispiel sei die Grundsicherung, die Städte und Gemeinden in ärgste Finanzierungsnöte bringe.

In Bayern habe es in den letzten Jahren keine einzige gesetzlich verordnete Entscheidung gegeben, bei der das von den Grünen geforderte Konnexitätsprinzip gegriffen hätte.

Im Übrigen, so Fischer, widersprächen sich die Grünen in ihrer Presseinformation selbst. Der Gesetzesvorschlag für ein Konnexitätsprinzip sei handwerklich schlecht gemacht.

So wollen die Grünen nach der Formulierung des Gesetzestextes den finanziellen Ausgleich an eine Aufgabenübertragung „durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes“ knüpfen.

Im Vorblatt dieses Gesetzentwurfs aber nennen sie als finanzielle Belastung zum Beispiel die Ganztagesbetreuung.

Fischer: „Das ist aber keine gesetzliche Aufgabe.“

Die Grünen versprechen den Kommunen Geld für die Ganztagesbetreuung, ihr Gesetzentwurf aber gibt das gar nicht her. Hausaufgaben machen, Grüne!“

Fischer sprach sich auch gegen eine isolierte Wiedereinführung der so genannten Bagatellsteuern für die Kommunen aus. Längst überfällig sei eine Gemeindefinanzreform durch die Bundesregierung. Auch hier sind die schönen Worte der Grünen längst Legende, an Taten fehlt es bis heute.



Herbert Fischer,
MdL



Markus Sackmann fordert umfassenden Bürokratieabbau

In einem Dringlichkeitsantrag hat der Landtagsabgeordnete Markus Sackmann einen weitreichenden Bürokratieabbau gefordert.

„Deutschland ist beim Wirtschaftswachstum Schlusslicht in Europa, steht in der Regulierungsdichte jedoch an der Spitze.“

Die Flut und die Unüberschaubarkeit von Regulierung und Reglementierung hemmen die Eigeninitiative der Bürger und aller Bereiche der Wirtschaft.“ Mit diesen Worten begründete MdL Sackmann. Nur so könnten Freiräume für Kreativität und Innovation geschaffen werden.

Der Abgeordnete fordert im Einzelnen, überflüssige staatliche Einflussnahme im Wege eines „Bürokratie-TÜV“ abzubauen. Die von der Bayerischen Staatsregierung in diesem Zusammenhang einberufene „Task Force“ soll bis spätestens Mitte 2003 durchsetzungsfähige Vorschläge zur Deregulierung und Entbürokratisierung erarbeiten. Gesetze und Vorschriften, die Bürger und Unternehmen belasten, sollen nach dem Willen der CSU-Fraktion vermehrt zeitlich befristet werden, um sie später auf ihre Notwendigkeit und aktuelle Richtigkeit überprüfen zu können.

Weitere Ansatzpunkte des Antrags sind: Verstärkter Einsatz von eGovernment, um Behördengänge ersetzen zu können, Dokumentationspflichten und Statistiken in der Verwaltung müssten soweit als möglich reduziert werden, Generalklauseln sei grundsätzlich der Vorrang vor Detailregelungen einzuräumen. Generell strebt die Arbeitsgruppe Verwaltungsreform in der CSU-Landtagsfraktion eine erhebliche Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und bürokratischen Auflagen für Betriebe an. Normen, für die ein zwingendes Bedürfnis nicht mehr nachweisbar ist, sollen ersatzlos aufgehoben werden.



Markus Sackmann,
MdL



Wortbruch auch in der Entwicklungshilfe Dickes Minus von 99 Millionen Euro

Rot-Grün hatte in der Koalitionsvereinbarung, wie auf internationalen Konferenzen versprochen, den deutschen Beitrag zur Entwicklungshilfe kontinuierlich zu steigern.

„Mit Eichels Haushaltsentwurf für 2003 wird dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) jedoch ein dickes Minus von 99 Millionen Euro verpasst“, kritisiert der Ausschussvorsitzende Rudolf Kraus diesen Haushaltsentwurf.

„Im Einzelnen: 2002 kann das BMZ über 3,699 Milliarden aus dem eigenen Haushalt und über 152 Millionen Euro aus dem so genannten Anti-Terror-Paket verfügen, macht zusammen 3,851 Milliarden Euro.“

2003 wird das BMZ trotz Integration der Anti-Terror-Mittel in seinen normalen Haushalt nur mehr über 3,784 Milliarden Euro verfügen.

Davon sind jedoch laut Kabinettsbeschluss noch 30 Millionen Euro an das Auswärtige Amt abzuführen.

Macht zusammen ein Minus von 99 Millionen Euro.

Dies zeigt: In Sachen Entwicklungshilfe ist rot-grün erneut wortbrüchig geworden.

Das innerhalb der EU und bei internationalen Konferenzen gegebene Versprechen, den Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen bis 2006 auf 0,33 % zu erhöhen, ist so nicht einlösbar.

Auch international steht Deutschland blamiert da.“



Rudolf Kraus,
MdB

Harald Frank



Georg Spitz

"Controller sind Lösen für Unternehmer"



Viehmarkt 5 Tel.: 09181/23223-0 info@spitz-controller.de
92318 Neumarkt mobil: 0171/2772158 www.spitz-controller.de

Seit 1979

**BINDESTRICKE
VERZURRSYSTEME
RUNDSCHLINGEN
HEBEBÄNDER**

Braun
Sicher ist sicher

Wir fertigen alle unsere Produkte nach derzeit gültigen Normen und mit GS-Prüfzeichen.
Zertifiziertes QM-System ISO 9002

Braun GmbH
Sicher ist Sicher
Am Gelbberg 6
D-92318 Neumarkt-Porting
Tel. 09181/2307-0
Fax 09181/2307-70
www.braun-sis.de
e-mail: info@braun-sis.de

**Wohnanlage
Sonnenhof**

Ecke Deiningner Weg/ Flutgrabenweg



2-5 Zi.-Wohnungen
Penthause
Reihenhäuser

**Baubeginn
Frühjahr 2002**

J. DONAUER BAUTRÄGER GMBH

Am Evangelienstein 15 · 92318 Neumarkt
Tel. 0 91 81 / 3 05 59 · Fax: 0 91 81 / 4 21 64
Internet:www.immo-donauner.de

Karosserie
Fachbetrieb

RICHTER
Unfallinstandsetzung • Fahrzeuglackierung

*Die Profis für
Blech und Lack!*

Richter Karosseriebau - Deiningner Weg 155 - 92318 Neumarkt i.d. Opt.
Telefon (09181) 2602-0 - Telefax (09181) 2602-20 - E-mail: Richter.Karosserie@t-online.de

www.lvm.de

LVM
Versicherungen

Ein gutes Gefühl ...
... sich auf jemanden verlassen zu können!



Ihr Partner für Versicherungen, Vorsorge und Vermögensaufbau:

LVM-Büro
Jürgen März
Zimmerstr. 79
92318 Neumarkt
Telefon (09181) 48500
Telefax (09181) 485019

**ARZT
REISEN**

90602 Seligenporten · Hauptstraße 50
☎ 09180/94100 · Fax 2712

90443 Nürnberg · Gibitzenhofstraße 50
☎ 0911/4180943 · Fax 422741

92318 Neumarkt · Klostersgasse 19
☎ 09181/22900 · Fax 296985

Seit über 50 Jahren Ihr Reisepartner!

www.arzt-reisen.de

...Treppen die begeistern.



Große Treppenausstellung
Stahl- und Holztreppe
mit einer Vielzahl von Geländern

HAUBNER - Treppen
Am Grünberg 2
92318 Neumarkt
Tel. 09181/4690-0

www.haubner-treppen.de
kommen. sehen .erleben

Monatlich wechselnde Aktionswäschen



**Die neue
Waschkraft.**

Aral-AutoCenter Josef Söllner
92318 Neumarkt, Amberger Str. 18
Tel.: 09181/43441 Fax: 45918

ARAL
Alles super.

„Neumarkter Stadtbusse“ und Arzt-Reisen ein riesiger Erfolg!

Hier auszugsweise die geschichtliche Entwicklung der Firma „Arzt-Reisen“: Nachdem Ludwig Arzt 1945 aus dem Krieg zurückkehrte gründete er 1946 ein Fuhrunternehmen. Damals standen ihm nur amerikanische Armeefahrzeuge (Trucks) zur Verfügung. Trotz widriger Umstände (Ersatzteil- und Treibstoffmangel), konnte Ludwig Arzt im Jahre 1949 den 1. Omnibus anschaffen.



Erfolgreiches Projekt in Neumarkt: der Stadtbus!

In diesem Zeitraum wurde auch die erste öffentliche Buslinie „Landkreis Neumarkt nach Neumarkt“ eingerichtet. Im Jahre 1951 fand eine Erweiterung im Großraum Nürnberg statt (Beginn des Werksverkehrs: Grundig, Siemens, ...).

Der Start des konzessionierten Schulbusverkehrs erfolgte Anfang der 60er Jahre. Ebenfalls wurde der Ausbau des europaweiten Miet- und Ausflugsverkehrs durchgeführt. 1961 wurde der erste Omnibusbetriebshof mit öffentlicher Tankstelle eröffnet.

Den ersten Luxusbus (WC, Kühlschrank, Bordküche und Klimaanlage) in der Region erwarb die Fa. Arzt-Reisen im Jahre 1972. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Betrieb 18 Mitarbeiter und 13 Omnibusse. Im Jahre 1993 erfolgte die Übergabe der Geschäftsleitung an Heidi Glas.

Mittlerweile hatte Arzt-Reisen Reisebüros in Neumarkt und in Nürnberg-Gibitzenhof. In diesem Jahr wurden die Stadtbusse in Neumarkt etabliert (anfangs 5 Mini-Busse). Um 05:30 Uhr fahren die Stadtbusse der Fa. Arzt-Reisen vom Omnibusbetriebshof (ehemaliges Expressgelände) zum Bahnhof. Die erste Fahrt beginnt um 05:50 Uhr. Die Busse schwärmen in die Stadtteile (Altenhof, Hasenheide, Mühlen, Woffenbach, usw.) aus.

Durch die Initiative von OB Alois Karl („Die Zeit ist reif für die Einrichtung des Stadtlinienverkehrs“) und Stadtwerksdirektor Hanns Obermüller konnte im August 1993 die erste Flotte (5 Busse) für den Linien-

verkehr Neumarkt eingeweiht werden. Die Busse wurden von Anfang an als Niederflurbusse ohne Treppe und mit Rollstuhlrampe behindertengerecht ausgestattet. Durch die stetig steigende Zahl der Fahrgäste mussten bereits 1994 zwei große Niederflurbusse zusätzlich angeschafft werden. Weitere zusätzliche große Busse folgten in den nachfolgenden Jahren. Heute werden pro Jahr durch 10 Busse ca. 800.000 Personen bei 154 Haltestellen befördert. 1997 wurde durch die Stadt Neumarkt ein Omnibusbahnhof fertiggestellt. Während der LGS 1998 wurden zusätzlich 2 Gasbusse eingesetzt: Fahrgastbeförderung zur LGS: 356.000 Besucher.

Der Fahrerwechsel bei den Stadtbussen findet um 14:00 Uhr statt.

Ab 18:45 werden die Bushaltestationen das letzte Mal am Tag angefahren. Anschließend werden die Busse im 1976 eingeweihten Omnibusbetriebshof mit integrierter Waschhalle, Reparaturwerkstatt, Sozialräumen, Fahrerübernachtungen, Büros, etc. gefahren, wo sie betankt, gewaschen werden und die Innenreinigung durchgeführt wird. Anschließend, um ca. 19:30 Uhr können die Fahrer ihren wohlverdienten Feierabend antreten.

1988 fuhren die Volksfestbusse erstmalig zum Neumarkter Volksfest. Die Fahrten zum Frühlingsfest, Altstadtfest und Volksfest sind mittlerweile ebenfalls zu einem festen Bestandteil des Linienverkehrs geworden. Volksfestbeförderung 2002: NEUER REKORD: 52.000 Personen - davon 40.000 aus dem Stadtgebiet.

Um Linien in der Stadt, sowie die zusätzlichen Linien nach Freystadt, Berg, Pilsach, Seligenporten, Mühlhausen, Pyrbaum und Berching zu diesen Veranstaltungen bewältigen zu können, sind alle Mitarbeiter und die Familie Arzt (Bernd und Heidi, Tochter Yvonne und Schwiegersohn Ernst) gefordert. Die letzte Abfahrt erfolgt um 01:30 Uhr, dadurch ist erst um 02:30 Uhr Feierabend.

Der Stadtbus Neumarkt ist heute in jeder Hinsicht - nicht nur wegen seiner hohen Deckungssumme - ein Vorzeigebjekt der Stadt und weit über die Grenzen Bayerns hinaus bekannt. Auszeichnung: VDV 1999! Doch nicht nur in der Stadt sind die Busse von Arzt-Reisen zu sehen. Durch Kurzreisen (3 bis 6 Tage) zu Musicals, Erlebnisparks, Fahrten zur Arena von Verona, Städte-touren und Studienreisen (14 bis 21 Tage) wie Spanienrundfahrt, in die Toskana, nach Kalabrien und in das Baltikum (z.B. Russland), sind die Busse von Arzt-Reisen in ganz Europa präsent.

Mittlerweile ist die Fa. Arzt-Reisen mit ca.

70 Mitarbeitern und 56 Fahrzeugen der größte private Omnibusunternehmer in der Oberpfalz.

Bernd und Heidi Glas: „Das gute Angebot, sowie den guten Service können wir nur Dank unserer guten Mitarbeiter anbieten.“



Arzt-Reisen ist ein erfolgreiches Touristikunternehmen

Weitere Fakten/Daten:

1999: Einrichtung mit dem Landkreis Neumarkt des Freizeit- und Diskobusses mit insgesamt 5 Linien. Erstmalige Einrichtung im Bereich der PI-Neumarkt: Schulbuslotsen im Schulbusverkehr! Diese Einrichtung hat sich mittlerweile im Schulbusverkehr etabliert und ist auch über die Landkreisgrenzen hinaus bekannt. Der Betrieb wird heute durch die Inhaberin Heidi Glas (speziell Touristik und Mietwagen, „Neumarkter Stadtbusse“) und den Geschäftsführer und KFZ-Meister Bernd Glas (speziell Linienverkehre, Sicherheit und Technik), die Tochter Ivonne Glas (Personalangelegenheiten) und Ernst Rupprecht geführt.

Zum großen Erfolg des mittelständischen Unternehmens tragen alle Fahrer, Büroangestellte und die Mitarbeiter der Werkstatt bei.

Mit einem Wort: Das gesamte Arzt-Reisen-Team.

1998: Weitere Expansion der Firma. Gründung der REGIO GmbH mit 30 anderen Busunternehmern mit dem Ziel, den europäischen neuen Ausschreibungsgesetzen standzuhalten und effizienter und wirtschaftlicher arbeiten zu können.

1999 wurde der Stadtbus Neumarkt als eine unter 5 Städten in Bayern als „vorbildlich behindertengerecht“ ausgezeichnet und erwähnt. In diesem Jahr folgte auch der erste Stadtbus mit Klimaanlage!

Jürgen Bäuml

Altkleider machen Beute

Jedes Jahr fallen in Deutschland rund 600 000 Tonnen Altkleider an. Würde man das Olympiastadion mit dieser Menge Kleider füllen, ergäbe es einen Turm von 720 m Höhe!

Das Geschäft mit Altkleidern ist für die Spender schwer durchschaubar. Karitative Organisationen geben kommerziellen Sammlern ihr Logo und bekommen dafür einen Festpreis. Diese Organisation hat dann nichts mit der Vermarktung zu tun und gibt somit auch die Verantwortung über den weiteren Weg der Altkleider aus der Hand. Dies trägt zur Irreführung der Spender bei, die bei Sammlungen erwarten, dass ihre Spende in vollem Umfang karitativen Zwecken zugute kommt. Kommerzielle Sammler täuschen auch oft karitative Zwecke nur vor, indem sie das bekannte Logo einer gemeinnützigen Organisation leicht verfremdet auf Sammelauftrufe oder Tüten abdrucken.

Wie viel wohin geht lässt sich schwer ermitteln, da ein großer Teil der gesammelten Kleider nach Niederlande, Belgien oder Frankreich geht, dort sortiert und verschifft wird. Afrika und Osteuropa sind dabei die wichtigsten Exportregionen. In diesen Ländern werden dann die Altkleider für harte Dollars verkauft; kein Bedürftiger kann sich diese Altkleider leisten. Zudem geht in Afrika die einheimische Textilindustrie kaputt, weil sich die kaufkräftige Mittelschicht lieber eine europäische gebrauchte Markenjeans kauft als eine einheimische.

Sammelstelle in der Holzgartenstraße

Um diesem Missbrauch entgegen zu wirken, hat sich der Eine-Welt-Laden dafür eingesetzt, dass in Neumarkt eine kontinuierliche Sammelstelle von „Chance Eine-Welt“, einer neuen gemeinnützigen GmbH für die Sammlung von Altkleidern, entsteht. In Kooperation mit der Stadt Neumarkt, die die Räume kostenlos zur Verfügung stellt,

dem Eine-Welt-Laden, der eine kostenlose Broschüre für sinnvolle Altkleiderverwertung erstellt, und den Pfarreien des Dekanates, die Werbung und Aufklärungsarbeit leisten, entstand diese Sammelstelle in der Holzgartenstraße, geöffnet jeden Mittwoch von 13-16 Uhr. Die Diözese Eichstätt unterstützt das Projekt, indem das Personal von der CAH gestellt wird.

Die Broschüre zeigt alle sinnvollen Möglichkeiten der Altkleiderverwertung in Neumarkt auf - von der Caritas Kleiderkammer bis zum Missionskreis. Jeder kann für sich entscheiden, welchen Schwerpunkt er mit den Altkleidern setzen will.

Chance Eine-Welt

Um eine verantwortete Altkleidersammlung auf alle bayerischen Diözesen auszuweiten, hat sich vor kurzem die gemeinnützige GmbH für die Sammlung von Altkleidern gegründet, in Kooperation mit der Aktion Hoffnung von Augsburg und dem Dachverband FairWertung. Mit Bildungsveranstaltungen will sie auf die Probleme hinweisen. Die Kirche muss sich einmischen, um langfristig hier ein Umdenken zu erzeugen. Mit Erlösen werden über Missio München Aidsprojekte in Afrika unterstützt.

Aktion Hoffnung

Bereits seit 15 Jahren sammelt die Aktion Hoffnung in der Diözese Augsburg Altkleider. Kompetenz, Seriosität und Transparenz zeichnen die Aktion Hoffnung aus. Nach Durchführung der Sammlungen werden die Altkleider zum großen Teil im Eine Welt Zentrum Ettringen sortiert und entweder als Hilfsgüter verwendet oder weiterverkauft, um mit dem Erlös die entstandenen Kosten zu decken und darüber hinaus weltkirchliche Bildungs- und Projektarbeit zu finanzieren. Der Weiterverkauf unterliegt ganz strengen Regeln nach



Die Autorin, **Ruth Dorner (42)** ist „Agenda 21 Beauftragte“ des Stadtrates in Neumarkt und engagiert sich im Eine-Welt-Laden

„Kommerzielle Sammler täuschen oft karitative Zwecke nur vor.“

den Kriterien des Dachverbandes FairWertung und wird anhand von begleitenden Studien überwacht, damit nur dorthin Kleider verkauft werden dürfen, wo sie den Menschen nicht schaden, sondern nur nützen.

Was haben die Altkleider mit der Agenda 21 zu tun?

Agenda 21 ist für viele Menschen ein sehr abstrakter Begriff. Agenda aber muss etwas mit unserem Alltag zu tun haben, sonst ist sie vergebens. Da die Agenda versucht, die soziale Gerechtigkeit weltweit, Ökologie und Wirtschaft auf einen Nenner zu bringen, ist das Altkleiderproblem geradezu ein Paradebeispiel für Agenda im Alltag: Die Stadt Neumarkt erkennt ihre weltweite Verantwortung für ein sozialgerechtes Handeln und unterstützt lokale Gruppen in ihrem Engagement. Wirtschaftlichkeit und soziale Gerechtigkeit müssen und dürfen sich nicht ausschließen.

 Ruth Dorner

Wir bauen für Sie keine Luftschlösser.
Aber unser Sinn für Gastlichkeit ist sprichwörtlich.

Ob Hochzeiten oder Geburtstage,
Tausen, Jubiläen oder Betriebsfeiern –
für jeden Anlass setzen wir Ihre Wünsche um,
bevor Sie sie ansprechen.

Unser Drei-Sterne-Hotelgasthof
bietet alle erdenklichen Bequemlichkeiten.
Für unsere original bayrische Küche
wurden wir mehrfach ausgezeichnet.

Erleben Sie Atmosphäre und Service,
die Sie nicht vergessen werden.
Dafür bekommen Sie bei uns mehr als ein Lächeln.

*Zeiten ändern sich,
Ausprägung bleiben erhalten.*



Ihr Hotelgasthof Dietmayr



**HOTELGASTHOF
DIETMAYR**

Mehr als nur gemütlich.

Bahnhoftstraße 4, 92318 Neumarkt i.d.OPf. Telefon (09181) 25 87-0,
Telefax (09181) 25 87-49, Internet: www.hotelgasthof-dietmayr.de

Die sechste Stufe der Öko-Steuer

Einmal mehr bricht rot-grün sein Versprechen

Noch vor der Wahl hatte Gerd Schröder noch den Menschen in Deutschland versprochen, dass er keine Erhöhung der Öko-Steuer über die bereits beschlossene fünfte Stufe hinaus beabsichtigt. Am 15. November wurde aber ein weiterer Öko-Steuer-gesetzentwurf beschlossen, der die Bürger mit einer zusätzlichen Mehrbelastung von über 4 Milliarden konfrontiert. Nachfolgend wollen wir Ihnen kurz die wichtigsten Öko-Steuererhöhungen vorstellen.

Verdreifachung der Öko-Steuer für Land- und Forstwirte

Erhöhung der ermäßigten Ökosteuersätze für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft für Strom, Heizöl und Erdgas von 20 % auf 60 % der Öko-steuerregelsätze. Dies ist eine Verdrei-fachung der Öko-Steuer.

Produzierendes Gewerbe wird zusätzlich belastet

Die Berechnung des Spitzenausgleichs für Unternehmen des produzierenden Ge-werbes wird umgestellt: Bislang bekamen energieintensive Betriebe die Differenz zwischen der Belastung durch die Öko-steuer und der 1,2fachen Entlastung bei den Rentenversicherungsbeiträgen voll vergütet. Zukünftig dürfen sie nur noch mit einer Erstattung von 95 % rechnen. Es wird also ein Selbstbehalt in Höhe von 5 % eingeführt. Durch das Zusammenstreichen der im Rahmen der ökologischen Steuerreform für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft geschaffenen Steuerbe-günstigungen werden sich die Energiepreise für die betroffenen Unternehmen drastisch erhöhen. Besonders hart betroffen ist das produzierende Gewerbe. Die Erhöhung der Steuersätze von 20 % auf 60 % und die Einführung eines Selbstbehalts von 5 % wird den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter schwächen. Die Wirtschaft wird mit rund 400 Mio. • erneut belastet.

Stromsteuer für Nachtspeicheröfen wird um 21 % erhöht

Der ermäßigte Stromsteuersatz für Nachtspeicherheizungen wird von 50 % auf 60 % des Stromsteuerregelsatzes, also um 2,10 • auf 12,30 •/MWh angehoben. Dies stellt eine Steuererhöhung um 21 Prozent dar. Ab 2006 soll die Begünstigung für Nachtspeicherheizungen ganz wegfallen. Damit sollen die Besitzer von Nachtspeicheröfen ab 2006 mit jährlich 200

Millionen • Öko-Steuer zur Kassen gebeten werden. Das Preisniveau für Strom, der zum Betrieb von Nachtspeicherheizungen verwendet wird, wird sich erhöhen. Hat die Koalition in der 14. Legislaturperiode noch darauf hingewiesen, dass Nachtspeicherheizungen überdurchschnittlich häufig von unteren Einkommensschichten genutzt werden und deshalb gerade eine steuerliche Ermäßigung gerechtfertigt sei, wird heute – vier Jahre später – genau auf diese unteren Einkommensschichten zugegriffen. Die Wohnnebenkosten werden über kurz oder lang weiter steigen. Dies ist ein weiterer Verrat gegenüber sozial schwachen Familien.

Regelsätze der Mineralölsteuer werden erhöht

Hier sollen gleich mehrere Steuersätze drastisch erhöht werden. Für Erdgas wird die Steuer bei einer Verwendung als Heizstoff um 58 Prozent von 2 • auf 5,50 • /MWh angehoben. Auch bei Flüssiggas stellt die Anhebung um 22 • auf 60,60 • je 1000 kg eine solche Erhöhung dar. Kaum weniger wird den Nutzern von schwerem Heizöl mit einer 40-prozentigen Steuererhöhung von 6 • auf 25 • je 1000 kg zugemutet. Insgesamt will rot-grün damit ab 2003 den Bürgern jedes Jahr über 1 Milliarde • aus der Tasche ziehen. Durch die Erhöhung der Mineralölsteuer für Erdgas, Flüssiggas und schweres Heizöl wird sich das Preisniveau für diese Energieträger erhöhen. Die Erhöhung der Steuer für Erdgas steht im Widerspruch zur bisherigen Politik von rot-grün, wonach Erdgas als umweltfreundlicher Energieträger gefördert wird. Die Menschen fühlen sich Tag für Tag aufs Neue von dieser Regierung hinter das Licht geführt. Wurde ihnen gestern noch gepredigt, auf umwelt-freundliches Erdgas umzusteigen, erfahren sie heute, dass ihre damalige Entscheidung für Erdgas nicht mehr gilt.

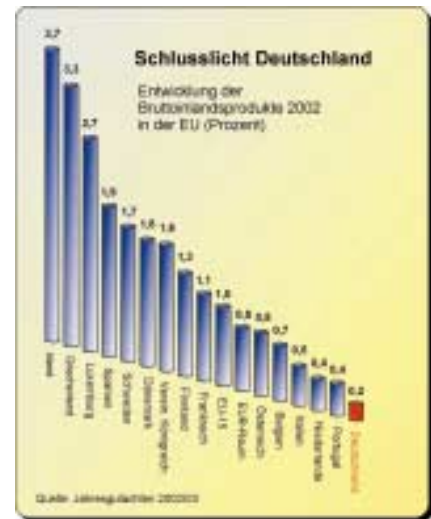
Gasautos bleiben länger steuerfrei

Die bis zum 31. Dezember 2009 befristete Steuerermäßigung für Erdgas, das als Kraftstoff in Fahrzeugen verwendet wird, wird bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.

Ausnahmeregelung für Gewächshäuser wird verlängert

Die bis zum 31. Dezember 2002 befristete Steuerbegünstigung für Mineralöle, die zum Beheizen von Gewächshäusern oder ge-

schlossenen Kulturräumen verwendet werden, wird bis zum 31. Dezember 2004 verlängert.



Deutschland ist absolutes Schlusslicht in der EU seit Rot-Grün regiert!

Rot-grün betreibt Etikettenschwindel

Das von rot-grün beschlossene Gesetz ist eine Steuererhöhung par Excellence. Entgegen der vollmundigen Versprechungen des Bundeskanzlers vor der Wahl, gibt es nun doch eine weitere Stufe bei der „Öko-steuer“. Die neu gewählte Regierung hat damit erneut Wortbruch begangen. Selbst der vor wenigen Wochen geschlossene Koalitionsvertrag hat sich bereits überholt. Damals war noch nicht die Rede von einer höheren Besteuerung von schwerem Heizöl und der Besteuerung von Nachtspeicherheizungen. Die Nachbesserungen bei Gasautos und Gewächshäusern sind reine Feigenblätter, da sie gerade einmal 3 bis 5 Prozent der Steuermehreinnahmen wieder in die Taschen der Bürger zurückfließen lassen.

Öko-Steuer ist als Konzept gescheitert

Die von der Koalition im nationalen Alleingang durchgesetzte Öko-Steuer hat sich als wirtschaftlich verfehlt, ökologisch kontraproduktiv und sozial ungerecht erwiesen. Mit dem Gesetz zur Konsolidierung der ökologischen Steuerreform wird die „Öko-Steuer“ nicht besser. Im Gegenteil: Die so genannte „Öko-Steuer“ ist nichts anderes als ein Abkassieren bei Bürgern und Unternehmen unter dem Deckmantel der Ökologie:

Harald Frank

BERCHTOLD

**Goldschmidtstraße 9
92318 Neumarkt
Tel.: 0 91 81 / 15 86
Fax: 0 91 81 / 68 08**

- Metallbau
- Alufüren
- Geländer
- Wintergärten



**info@berchtold-metallbau.de
www.berchtold-metallbau.de**

Top-Weine

bei Getränke
Fersch

Testsieger

aus „Alles über Wein“:

Rotwein		Weißwein
Cabernet Sauvignon Michel Picard Frankreich	Chardonnay Michel Picard Frankreich	DM 10,95
Castello del Diabli Cabernet Sauvignon Chile	Michel Picard Sekt Frankreich	DM 9,95
Bodega Elchard Cabernet Sauvignon Argentinien	Vita Maipo Cabernet Sauvignon Reservado, Chile	DM 11,95
	Gandia Verganillo Reserva Spanien	DM 11,95

Weine vom Kaiserstuhl

runden den Spargel ab:

Achkarrer Silvaner Spätlese, Reifegrad Königsberg	Burkheimer Riesling Spätlese, Reifegrad Königsberg	DM 5,95
---	--	---------



Grüßbach 1 • 92318 Neumarkt-Vollbach • Tel. 09181/285-0



Auch im Wörterbuch
kommt
"Anstrengung" vor
"Erfolg"

Es geht nicht darum, ob wir treppauf oder treppab gehen, sondern wohin wir gehen und was das Ziel unserer Schritte ist.

Unsere Kunden sind anspruchsvoll und vielseitig. Wir richten alle unsere Aktivitäten darauf aus. Wenn unsere Kunden erfolgreich sind, haben wir unser Ziel erreicht.

Wir ermitteln aus den Visionen und Zielen unserer Kunden den konkreten Bedarf, erarbeiten kreative, konzeptionelle und individuelle IT-Lösungen und setzen diese für und mit unseren Kunden um.

Professionelle Dienstleistungen, ausgereifte Produkte und ein kompetenter Service gehen bei uns zusammen.

SCHWARZ
COMPUTING SYSTEMS



SCHWARZ Computer Systeme GmbH
Altenhofweg 2a
92318 Neumarkt

Telefon 0 91 81 - 40 55 0
Telefax 0 91 81 - 46 52 22
www.schwarz.de • info@schwarz.de



transporte
FRIES GmbH

Telefon (0171)
5 30 82 03



Depot Nürnberg
190/191
Tel. 0911/64 135-0

Zwei starke Produkte:

- **Express 10**
bundesweit bis 10 Uhr am Ziel
- **Express 12**
bis 12 Uhr vor Ort in ganz Deutschland

Ottostraße 5, 92353 Pavelsbach Tel.: 09180 / 2972



Massive Einschnitte bei der Eigenheimzulage

Bisher wurde der Eigenheimerwerb mit einer Grundzulage in Höhe von 2.556 Euro und einer Kinderzulage je Kind in Höhe von 767 Euro gefördert. Die Einkommensgrenzen von 81.807 Euro (Alleinstehende) bzw. 163.614 Euro (Verheiratete) durften über einen Zweijahreszeitraum dabei nicht überschritten werden.

Die Förderung des Eigenheims wird zukünftig massiv eingeschränkt:

- Grundzulage 1.000 • pro Familie und Jahr (8 Jahre)

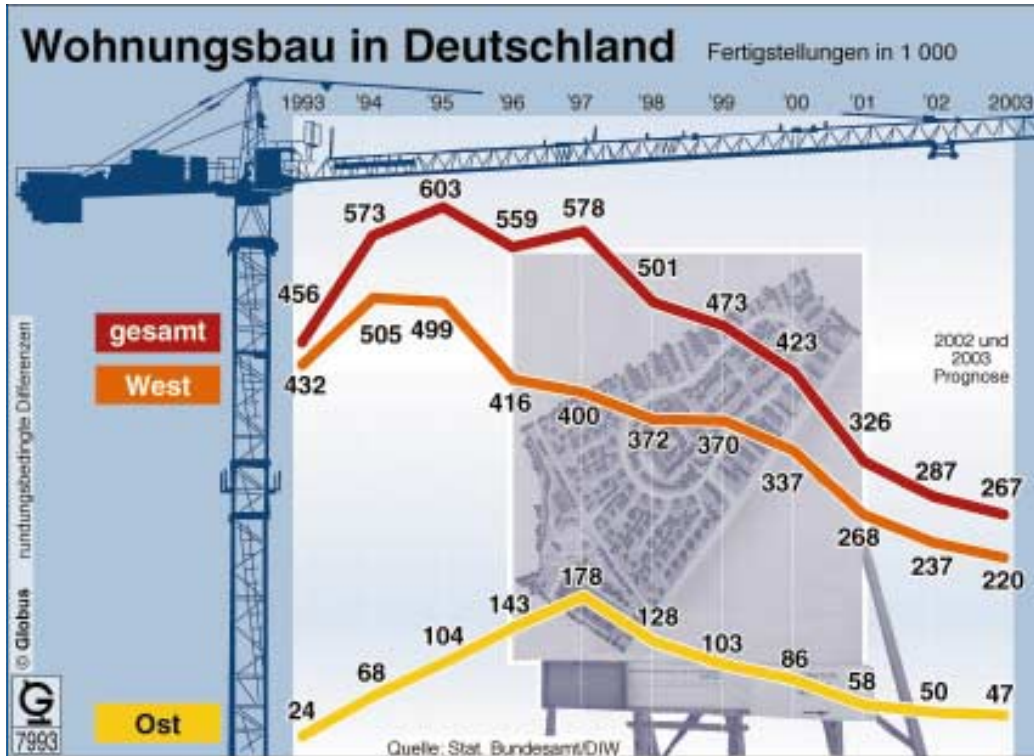
- Kinderzulage 800 • pro Familie und Jahr (8 Jahre)

- Voraussetzung für Förderung ist mindestens ein Kind: Sind Kinder bereits vorhanden, beginnt der Förderzeitraum im Jahr der Anschaffung/Herstellung. Im übrigen beginnt der Förderzeitraum in dem Jahr, in dem ein Kind zur Welt kommt, jedoch muss dies innerhalb der ersten 4 Jahren seit Anschaffung/Herstellung geschehen.

- Einkommensgrenzen über einen Zweijahreszeitraum von 70.000 Euro bzw. 140.000 Euro (+ pro Kind 20.000 Euro), wobei bei Berechnung nur noch positive Einkünfte berücksichtigt werden.

- Neu- und Altbauten werden gleich behandelt.

- Ökozulage 300 Euro jährlich, wenn Energiebedarfsausweis



In Deutschland werden immer weniger neue Wohnungen gebaut. Nach den neuesten Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) werden im laufenden Jahr rund 287 000 neue Wohnungen fertig gestellt. Das sind fast 40 000 weniger als im Vorjahr. Auch für das kommende Jahr erwarten die Bauexperten keine Belebung; der Prognose zufolge soll die Zahl der neuen Wohnungen dann auf 267 000 sinken. Der größte Teil davon – 163 000 Wohnungen – entsteht in Ein- und Zweifamilienhäusern. Wie stark der Rückgang im Wohnungsbau ist, zeigt ein Blick auf die Statistik Mitte der 90er-Jahre: Damals war die Zahl der Fertigstellungen mit über 600 000 mehr als doppelt so hoch wie heute.

=> Auch wenn gegenüber den ursprünglichen Plänen noch Nachbesserungen vorgenommen wurden, bleibt es dabei, dass die Eigenheimförderung massiv durch rot-grün beschnitten wird. Im internationalen Vergleich liegt die Wohneigentumsquote mit 40 % in Deutschland vergleichsweise niedrig (vorletzter Platz in der EU).

=> Verlierer der Reform sind insbesondere Familien ohne Kinder. Sie kommen überhaupt nicht mehr in den Genuss der Eigenheimzulage.

=> Auch Familien mit Kindern bekommen weniger.

Erhielt eine Familie mit zwei Kinder nach der bisherigen Rechtslage bei der Anschaffung von Wohneigentum (Neubau) acht Jahre lang insgesamt 4.090 Euro (2.556 Euro Grundzulage plus je 767 Euro Kinderzulage für zwei Kinder), soll dieselbe Familie nach den Plänen von rot-grün jährlich nur noch 2.600 Euro erhalten. Über acht Jahre stehen der Familie damit 11.920 Euro weniger zur Verfügung.

Dies wird viele Familien mit Kindern angesichts ihrer ohnehin hohen Belastung vom Bauen abhalten.

=> Die beabsichtigten Einschnitte werden weite Teile der Bauwirtschaft (insbesondere auch kleinen und mittelständischen Handwerkern) den Todesstoß versetzen.



Viele Arbeitsplätze am Bau werden verloren gehen! Die rot-grünen Gesetze zur Eigenheimzulage werden den ohnehin schon arg gebeutelten Bausektor sehr hart treffen. Viele Bürger werden sich ihr Haus oder ihre Wohnung künftig nicht mehr leisten können.

Harald Frank

Finanzen der Städte: Kollaps oder Reformen!

Eine umfassende Gemeindefinanzreform ist dringend notwendig

Die Finanzlage der Städte hat sich im Jahr 2001 sowie 2002 dramatisch verschlechtert. Verantwortlich dafür waren die Einnahmeverluste infolge des Steuersenkungsgesetzes und spektakuläre Einbrüche bei der Gewerbesteuer.



Die Autorin, Diplomkauffrau **Gerlinde Wanke (41)**, leitet die Steuerabteilung eines Nürnberger Konzerns

„Die aktuelle Entwicklung belegt:

Die Gewerbesteuer verliert immer mehr ihre Eigenschaft als stabile und ergiebige Einnahmequelle der Kommunen!“

Im Jahr 2001 gingen die Gewerbesteuereinnahmen der westdeutschen Kommunen um 11,3 % zurück, die der ostdeutschen Kommunen um 11,7 %. In Einzelfällen waren Rückgänge von 50 % und mehr zu verzeichnen.

Im ersten Vierteljahr 2002 ist das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinden gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nochmals um 11,2 % gesunken.

Bei der insgesamt negativen Entwicklung für die Kommunen ist jedoch zu beachten, dass es 2001 sehr wohl Kommunen mit einer positiven Entwicklung gab.

Entwicklung der Gewerbesteuer

Allein das Steuersenkungsgesetz hatte 2001 nach den Schätzungen des Bundesfinanzministeriums für die Kommunen insgesamt Steuer- und Zuweisungsverluste von über 4 Mrd. Euro zur Folge.

Die Zuspitzung der Finanzprobleme in den Städten ist aber darüber hinaus vor allem einem beispiellosen Wegbrechen der Gewerbesteuereinnahmen zuzuschreiben. Gerade die bisherigen Hauptgewerbesteuerzahler verabschieden sich derzeit zunehmend aus der Mitfinanzierung städtischer Aufgaben.

Dies beruht auf den besonderen Verhältnissen in einzelnen Wirtschaftszweigen; so führte bei den Energieversorgern ein verstärkter Wettbewerb partiell zu einem Preisverfall, bei den Banken verschlechterte sich die Gewinnsituation drastisch (z.B. Investmentbereich, Wertpapierhandel), im Baubereich findet ein Abbau von Überkapazitäten statt.

Neben diesen Folgen von Strukturanpassungen schlagen die schwache Konjunktur sowie Insolvenzen bei den Gewerbesteuereinnahmen voll durch. Es existieren aber keine Einzelregelungen der Steuerreform, mit denen sich der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen begründen ließe.

Die oftmals genannte Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen ist erst ab 2002 wirksam und kann sich daher über Herabsetzungsanträge von Gewerbesteuervorauszahlungen noch gar nicht so stark auswirken.

Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen in Neumarkt:

Der Gewerbesteuerhebesatz für die Stadt Neumarkt ist seit dem Jahr 1977 nicht mehr angehoben worden.

Dieser beträgt 320 % und stellt für gutverdienende Unternehmer mit einem persönlichen Steuersatz von 48,5 % bedingt durch die Anrechnung des 1,8 fachen Gewerbesteuer-Messbetrages eine überproportionale Entlastung bei der Einkommensteuer dar.

Vergleicht man die Einnahmen für das Jahr 2002 mit dem Jahr 2001, so ist sogar mit einem Anstieg von ca. 3 % zu rechnen.

Die Tatsache bekundet offensichtlich eine konstante Wirtschaftspolitik im Raum

Neumarkt und zeigt auch die breite Streuung von ansässigen Unternehmen, z.B. Einzelhandel, Baugewerbe und modernen Dienstleistungsunternehmen.

Ausgaben für soziale Leistungen

Verantwortlich für die strukturellen Probleme, mit denen die Gemeinden konfrontiert sind, sind neben der un stetigen Entwicklung der Gewerbesteuer auch unterkommunale Disparitäten bei den Ausgaben für soziale Leistungen, und hier insbesondere bei der Sozialhilfe.

1995 beliefen sich die Ausgaben für soziale Leistungen auf ca. 30 Mrd. Euro. Seit 1996 sind die Ausgaben für soziale Leistungen insgesamt rückläufig und betragen 1999 26 Mrd. •.

Für die Verringerung der Ausgaben zwischen 1996 und 1999 sind zahlreiche bundesgesetzliche Maßnahmen ursächlich wie die Einführung der Pflegeversicherung, die Begrenzung der Zuwächse der Sozialhilferegelsätze und der Pflegesätze in Einrichtungen, Kindergelderhöhungen, die Steuerfreistellung des Existenzminimums, aber auch kommunale Beschäftigungsprogramme.

Seit 1999 steigen in den ostdeutschen Kommunen bzw. seit 2000 in den westdeutschen Gemeinden die Ausgaben für soziale Leistungen wieder; in den alten Ländern moderat, in den neuen Ländern deutlich stärker.

Im Jahr 2001 beliefen sich die Ausgaben für soziale Leistungen auf insgesamt 27,3 Mrd. •.

Ein Problem bei der Belastung der kommunalen Haushalte durch die Sozialhilfe ist sicherlich, dass sie häufig ausgerechnet dort am größten ist, wo die Einnahmesituation eher unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Gemeindefinanzreformkommission

Die aktuelle Entwicklung belegt: Die Gewerbesteuer verliert immer mehr ihre Eigenschaft als stabile und ergiebige Einnahmequelle der Kommunen. Hinsichtlich dieser Einschätzung besteht

Konsens zwischen der Bundesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden.

Die Bundesregierung hat gehandelt und in der Kabinettsitzung am 27. März 2002 beschlossen, eine Kommission zur Reform der Gemeinde Finanzen einzusetzen, die sich mit den grundsätzlichen Problemen des kommunalen Finanzsystems auf der Einnahmen- und Ausgaben- seite befasst.

Die Kommission hat am 23. Mai 2002 ihre Arbeit aufgenommen.

Ziel der Gemeindefinanzreformkommission ist es, bis Mitte 2003 konkrete Vorschläge zur Stabilisierung der Gemeinde Finanzen zu erarbeiten.

Hierzu gehört die Zukunft der Gewerbesteuer und Lösungen aufzuzeigen, die den Kommunen zu einer stetigeren Einnahmeentwicklung verhelfen.

Auch die Ausgabenseite ist Gegenstand der Kommissionsarbeit: Vor allem die Sozialhilfe – und hier vor allem die Verzahnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe – sind Gegenstand der Beratungen.

Zur Zeit erfolgt eine Bestandsaufnahme von Vorschlägen im Hinblick auf die Zukunft der Gewerbesteuer und hinsichtlich der finanziellen Folgen für die kommunalen Haushalte, die sich aus einer Neugestaltung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe ergeben könnten.

Modelle zur Reform der Gewerbesteuer

Zum jetzigen Zeitpunkt sind für den Ersatz der Gewerbesteuer zwei Grundmodelle im Rennen.

Das erste Modell – das sogen. BDI-Modell – stellt eine kommunale Einkommen- und Gewinnsteuer dar. Zu dem Kreis der Steuerpflichtigen zählen Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtige mit sämtlichen Einkünften.

Die Bemessungsgrundlage ist ein proportionaler Zuschlag auf die anzusetzende Einkommen- bzw. anzuhebende Körperschaftsteuer.

Das Hebesatzrecht verbleibt bei den Gemeinden.

Das zweite Modell – Modernisierung der Gewerbesteuer – ist ein irreführender Ansatz, für den stellvertretend der Vorschlag des Landes NRW steht.

Dieser Vorschlag sieht im wesentlichen die

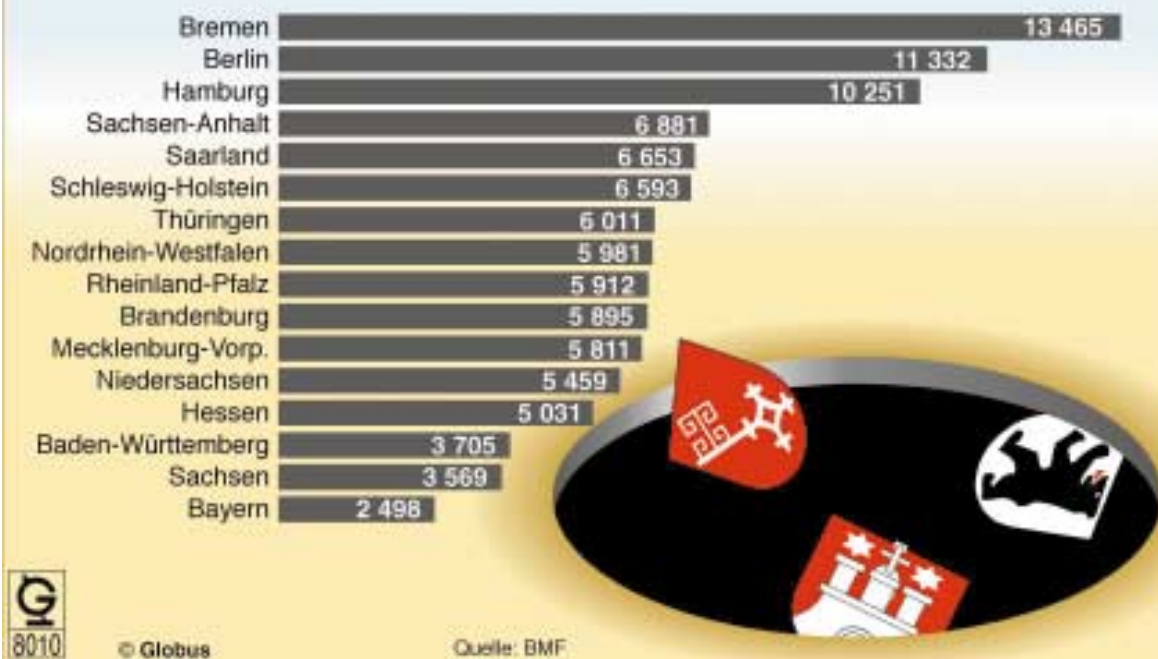
Fazit:

Erstmals seit über 30 Jahren wird wieder ernsthaft über eine Gemeindefinanzreform gesprochen.

Die Bundesregierung ist entschlossen, dieses Vorhaben in der laufenden Legis-

Schulden landauf und landab

Verschuldung von Ländern und Gemeinden Ende 2001 je Einwohner in Euro



Länder und Gemeinden in Deutschland haben bis Ende des Jahres 2001 einen Schuldenberg angehäuft, der eine Höhe von 442 Milliarden Euro hat. Das ist ein Drittel der gesamten öffentlichen Verschuldung von 1 210 Milliarden Euro. Je Einwohnergerechnet beträgt die Verschuldung der Länder und ihrer Gemeinden durchschnittlich fast 5 400 Euro. Eine nähere Betrachtung zeigt, dass die Schuldenlast von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich schwer wiegt. Da gibt es die hoch verschuldeten Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg. Und da gibt es Länder wie Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg, die vergleichsweise geringe Schulden haben. Bremen ist mit 13 465 Euro je Einwohner das Bundesland mit der höchsten Verschuldung. Bayern kann stolz auf seine 2 498 Euro je Einwohner sein; das ist die geringste Verschuldungsrate in der Republik.

Ausdehnung der Steuerpflicht auf die Freiberufler und die Erweiterung der Bemessungsgrundlage um zusätzliche ertragsunabhängige Komponenten vor.

Das Volumen dieser zusätzlichen Komponenten ist erheblich.

So sieht das NRW-Modell nicht nur eine Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen zu 100 % vor, sondern auch eine volle Hinzurechnung aller sonstigen Zinsen, Mieten, Pachten und Leasingraten!

Eine korrespondierende Kürzung soll es nicht mehr geben. Hinzu kommen noch Verschlechterungen bei der gewerbesteuerlichen Organschaft (siehe Giftliste!).

laturperiode zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Optimismus ist aber leider auch hier nicht zu sehr angebracht:

Verbände wie DIHK sehen mit großer Sorge, dass ertragsunabhängige Bestandteile der Bemessungsgrundlage in jüngster Zeit immer größeren Zuspruch erfahren.

Die ökonomisch verheerenden Folgewirkungen werden leider vollkommen ignoriert.

Eine neue Substanzsteuer wäre für die Wirtschaft eine existenzielle Bedrohung.

Gerlinde Wanke

Unternehmen Schule im 21. Jahrhundert

Pilotprojekt "Modus 21" an der Hauptschule Weinbergerstraße

Mit Schuljahresbeginn 2002/03 startete Bayern mit dem deutschlandweit einmaligen Projekt „Modus 21“ des Kultusministeriums und der Stiftung Bildungspakt Bayern.

Hierzu interviewten wir Frau Gisela Burger (Seminarleiterin und Schulreferentin der Stadt) und Herrn Christoph Weigert (Schulleiter Hauptschule Weinbergerstraße).

„Modus 21“. Was verbirgt sich hinter diesem Projekt?

„Modus 21“ heißt Modell Unternehmen Schule im 21. Jahrhundert. Ziel dieses Projekts ist es Schulen für die Zukunft fit zu machen, neue Wege und Strukturen zu suchen und erproben wie Schule von Morgen aussehen kann. Stellvertretend für alle Schulen loten diese Pilotschulen gemeinsam mit der Schulverwaltung und mit der Schulaufsicht aus, wie die Qualität an ihren Schulen gesteigert werden kann und wie die Schulen mit mehr Eigenverantwortlichkeit zurecht kommen. Die Projektdauer ist auf fünf Jahre veranschlagt.

Eine große Herausforderung! Von wem ging die Initiative aus und wer unterstützt "Modus 21"?

Vom bayerischen Kultusministerium und vom Stiftungspakt Bayern unter Leitung von Frau Ministerialrätin Regina Pötke. Im

Wie kam es, dass die Hauptschule Weinbergerstraße ausgewählt wurde?

Zunächst wurden in ganz Bayern insgesamt 22 Schulen aller Schularten für dieses Projekt ausgewählt.

„Zusammenkommen ist ein Beginn – zusammen Leben ein Fortschritt – zusammen Arbeiten ist Erfolg“

(Henry Ford)

Stiftungspakt sind auch namhafte Firmen aus der Wirtschaft vertreten. Dieses wichtige Projekt wird außerdem wissenschaftlich begleitet vom ISB (Institut für Schulpädagogik und Bildungsforschung) und von der Ludwig-Maximilians-Universität München. Außerdem unterstützt die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft das Projekt.

Darunter sind in ganz Bayern auch zwei Hauptschulen vertreten - eine davon ist die HS Weinbergerstraße.

Es handelt sich bei diesen Pilotschulen um Schulen, die sich bereits seit Jahren in der Inneren Schulentwicklung profiliert haben. Eine Tatsache, auf die wir in der Stadt Neumarkt natürlich mit Recht stolz sein dürfen.

Die Schule hat sich in der Vergangenheit bereits einen sehr guten Namen hinsichtlich innerer Schulentwicklung gemacht, so hat sie z.B. im Rahmen eines Wettbewerbs des Bildungspaktes Bayern (isi) den 2. Preis und damit 2.000 Euro gewonnen.

Die Stadt Neumarkt hat übrigens ihre Anerkennung und ihren Stolz auf diese tolle Leistung dadurch gezeigt, dass Oberbürgermeister Alois Karl den Preis verdoppelt hat.

Welche Aufgaben müssen "Modus 21" Schulen bewältigen?

Vier Aufgabenfelder müssen bewältigt werden:

1. Qualität von Unterricht und Erziehung
2. Personalmanagement und Personalführung
3. Inner- und außerschulische Partnerschaften
4. Sachmittelverantwortung



Die Neumarkter Hauptschule Weinbergerstraße wappnet sich mit dem Projekt „Modus 21“ für die Zukunft. Auch die Schüler werden stärker eingebunden. Eine moderne Hauptschule entsteht.

Mit Beginn des Schuljahres konnten sich die Schulen zwei der vier Arbeitsfelder aussuchen, wobei der Bereich Qualität von Unterricht und Erziehung verpflichtend bearbeitet werden muss.

Ein weiteres Aufgabenfeld kann jede Schule im ersten Jahr individuell auswählen.

Was wurde an der HS Weinbergerstraße bereits in Angriff genommen?

Innerhalb der kurzen Zeit wurden bereits viele Dinge in Angriff genommen. So wurde z.B. das Leitbild der Schule überarbeitet, die Teamentwicklung zwischen SchülerInnen, Eltern und Lehrkräften intensiviert, die musische Erziehung neu gestaltet, Versuche hinsichtlich des 45-Minutenunterrichtstaktes initiiert, die Praxisanteile in der 8. Jahrgangsstufe erhöht, die Vernetzung der Ganztagesbetreuung optimiert, die Gestaltung eines neuen Unterrichtsfaches „Erwachsen werden“ und die Umsetzung in den 5.-7. Jahrgangsstufen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wichtig ist hierbei, dass man weiß, dass „Modus 21“ Schulen nach wie vor an die gültigen Gesetze, Richtlinien und Lehrpläne gebunden sind.

Was ist für die Zukunft geplant?

Wie Schulleiter Christoph Weigert betont, will die Schule den bereits eingeschlagenen guten und innovativen Weg weitergehen.

Seine Zukunftsvision bzw. das der Schule und des Lehrerkollegiums ist, die Schüler für das Leben zu stärken, sie ausbildungsfähig zu machen, so dass sie echte Chancen am Arbeitsmarkt haben. Eine große Herausforderung wird natürlich die anstehende Sanierung und der Umbau der Schule sein.

Durch intensive Zusammenarbeit mit dem Sachaufwandsträger, Architekten, Schulleitung, Lehrer, Eltern und Schüler ist es gelungen pädagogische Ideen hinsichtlich einer Schule von Morgen zu realisieren.

Welche Unterstützung bekommen die „Modus 21“ Schulen?

Zunächst ist natürlich der Sachaufwandsträger, das heißt die jeweilige Kommune gefordert.

Von der Stiftung Bildungspakt Bayern bekommen die Schulen eine jährliche



Das Raute-Team informierte sich bei der Schulleitung in der Hauptschule an der Weinbergerstraße

Unterstützung von 4.000 – 8.000 Euro je nach Größe der Schule.

Das Kultusministerium stellt den Schulen zudem mehr Lehrerstunden zur Verfügung.

Außerdem wurde am Kultusministerium eine Clearingstelle geschaffen, damit die Pilotschulen eine kontinuierliche Begleitung erfahren und jederzeit Ansprechpartner haben.

Projekt schon ein großes Maß an zusätzlichem Engagement und Energieeinsatz.

Obwohl die Begeisterung bei allen Beteiligten groß ist, geht sie auch zu Lasten der Freizeit und der Gesundheit.

In Zeiten immer größerer und schwieriger Anforderungen an Erziehung und Unterricht muss dies auch bedacht werden.

Jürgen Bäuml / Irmgard Wanke

Findet ein Gedankenaustausch unter den „Modus 21“ Schulen statt?

„Modus 21“ Schulen müssen ein internes Evaluationsverfahren nachweisen und stimmen einer jährlichen Berichtspflicht zu.

Ein Austausch untereinander findet regelmäßig statt.

Welche Schwierigkeiten können auftauchen?

Für die beteiligten Schulen und Lehrer bedeutet die Beteiligung an diesem



Rektor Christoph Weigert, Schulreferentin Gisela Burger und die Raute-Redakteure Jürgen Bäuml und Irmgard Wanke diskutieren Schüleraktivitäten an der Hauptschule Weinbergerstraße (v.l.n.r)



Gerhard Kluy
GmbH

Heizung
Sanitär
Kundendienst

Badstraße 63 · 92318 Neumarkt
Tel.: (09181) 31498 · Fax: (09181) 465649

PARTL
Neumarkt

www.bmw-partl.de



*Wo lassen Sie
arbeiten?*



Mariahilfstr. 59 · 92318 Neumarkt · Tel. 09181/31231 · Fax 09181/31963



täglich Frühstück &
Mittagstisch

Nobelstraße 2
92318 Neumarkt
Tel. 0 91 81/18 36



Essen nach
Herzenslust

täglich
Happy Hour 17-20 Uhr
Margarta Hour 23-1 Uhr

jeden Sonntag
Brunch

Seelstraße 16
92318 Neumarkt
Tel. 0 91 81/4 54 52

MODERNE VERPACKUNGEN
VOLLPAPPE • MIKROWELLE • FEINWELLE



WITTMANN DRUCK & VERPACKUNG GMBH
SENEFELDERSTR. 15 • 92318 NEUMARKT/OPF.
TEL. (09181) 2664-0 • FAX (09181) 266426



Städtereinigung + Abfallwirtschaft
Containerdienst

Blumenhofstraße 3-7 · 92318 Neumarkt
Telefon: 09181 / 47 63-0 · Fax: 47 63 99

CSU Altenhof: Hyperaktive Kinder, ADS-Syndrom, Albert Einstein und Hermann Hesse?

Der Ortsverband Altenhof –Kohlenbrunnermühle bot eine interessante Informationsveranstaltung an.

„Albert Einstein und Hermann Hesse: Ein genialer Wissenschaftler und ein genialer Schriftsteller. Eines haben sie gemeinsam: Sie litten wahrscheinlich am Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADS). Über das Syndrom, das oft mit Hyperaktivität verbunden ist (ADHS), sprach Kinder- und Jugendpsychiater Dr. Matthias Niebler am Montagabend.“

So war am Mittwoch darauf im Neumarkter Tagblatt zu lesen. Eine halbe Seite war dem Thema gewidmet.

Dass dieses Thema äußerst aktuell ist, zeigen auch die Zahlen: vier bis sieben Prozent aller Schulkinder leiden nach wissenschaftlichen Forschungen an ADS, in der Bevölkerung weisen drei bis zehn Prozent das Krankheitsbild auf. Entsprechend groß war auch die Resonanz am Montagabend: Der Saal im Tiroler Hof war voll besetzt mit interessierten Eltern. Nur wer hatte nun diesen Informationsabend veranstaltet, sich dieses brisanten Themas angenommen?

Im Tagblatt war da nichts zu finden, stellte Walburga Höcherl, die Ortsvorsitzende des CSU-Ortsverbandes Altenhof- Kohlenbrunnermühle mit Befremden fest. Hatte doch ihr Ortsverband zu diesem

Abend eingeladen und als äußerst kompetenten Referenten den Kinder- und Jugendpsychiater Dr. Niebler aus Neumarkt gewonnen. Dr. Niebler konnte die Anwesenden mit ansprechenden Beispielen in dieses komplexe Thema einführen. Er zeigte den Teufelskreis auf, in dem sich diese Kinder befinden, die sich richtig verhalten möchten, es aber auf Grund dieses Syndroms nicht können: Das Kind verhält sich nicht wie erwünscht und erfährt Kritik oder Unverständnis. Darauf reagiert das Kind aggressiv, da es überfordert ist. Hier gilt es, Vorurteile und Unkenntnisse abzubauen, auch in der Schule. Dies wurde im Gespräch mit den Eltern klar. Der Austausch der Informationen war an diesem Abend sehr groß und hilfreich für alle Betroffenen. Der CSU-Ortsverband Altenhof-Kohlenbrunnermühle wird die Reihe der Informationsveranstaltungen zu gesundheitspolitischen Themen fortsetzen, aber als nächste komme ein Veranstaltung, um kommunale Betriebe kennenzulernen: Im Januar steht eine Betriebsbesichtigung bei der Fa. Burgis an.

Jürgen Bäuml



Ansprechpartner für Altenhof:
Walburga Höcherl
Mussinanstraße 148
Tel. 4 18 97

CSU Pölling: Herbstspaziergang mit dem Stadtbaumeister

Mit großem Elan hat der neue Vorsitzende Günther Braun für frischen Wind im Ortsverband gesorgt. Die Intensivierung des Gedankenaustausches mit den Mitgliedern

ersten politischen Stammtisch informierte Bürgermeister Arnold Graf beim Thema „Stadtentwicklung Neumarkt“ auch über den Sachstand bezüglich der Umgehungsstraße.

Im Oktober hatte man einen Herbstspaziergang durch den Stadtteil Pölling durchgeführt.

Unter der Führung von Stadtbaumeister Müller-Tribbensee und Werner Schütt vom Tiefbauamt wurden verschiedene Baumaßnahmen besichtigt.

Die Unternehmungen werden von den Mitgliedern gut angenommen, so Braun. Besucher wie Stadträtin Lissy Walter und andere Stadträte wirken als Bindeglieder zwischen den Pöllinger Bürgern und dem Stadtrat.

Roland Häberl



Ansprechpartner für Pölling:
Günther Braun
Am Grünberg 8
Tel. 23 07 0

CSU Hasenheide: Gute Stimmung beim Bürgerfest

Höhepunkt der Veranstaltungsreihe des CSU-Ortsverbandes war heuer wieder das Bürgerfest in der Hasenheide.

Bei schönstem Wetter folgten zahlreiche



Viele Bürger aus der Hasenheide waren zum CSU-Bürgerfest gekommen

Hasenheidener der Einladung, einige unbeschwerte und fröhliche Stunden mit ihren Freunden und Nachbarn zu verbringen. Auch hatte sich der Vorstand dazu ein attraktives Rahmenprogramm ausgedacht.

So standen auf dem Sportgelände Einsatzfahrzeuge der Polizei, des Rettungsdienstes und der Feuerwehr zur Besichtigung bereit. Viele nutzten daher die Gelegenheit, von den Spezialisten über deren verantwortungsvolle Aufgaben informiert zu werden. Sachkundig und geduldig wurden alle Fragen beantwortet.

Ganz Mutige wagten sogar, sich mit der Drehleiter der Feuerwehr in 20 Meter Höhe befördern zu lassen und wurden mit einem herrlichen Panoramablick über ihre Hasenheide belohnt.

In ungezwungener Atmosphäre bestand die Möglichkeit zu persönlichen Gesprächen mit kommunalen Mandatsträgern. Auch für das leibliche Wohl war bestens gesorgt. Bei Kaffee und Kuchen am Nachmittag, Gegrilltem und Snacks am Abend wurde bis spät in die Nacht gefeiert.

Ganz besonderer Dank gilt den fleißigen Bäckerinnen und allen Helfern, die bei der Vorbereitung und Durchführung des Festes beteiligt waren.

Irmgard Wanke



Ansprechpartner Hasenheide:
Josef Lehmeier
Habichtsweg 7
Tel. 90 55 02



Großes Interesse und aktuelle Informationen beim Herbstspaziergang

und Bürgern bezeichnet er als eines der Hauptziele seiner Arbeit.

Hierzu wurden bereits diverse Veranstaltungen, wie die Besichtigung der Firma Braun-Seile und eine Wahlversammlung mit MdB Rudolf Kraus durchgeführt. Beim

CSU Stauf: Kreisverkehr realisiert

Der CSU Ortsverband Stauf freut sich über die Eröffnung des neuen Kreisverkehrs an der Umgehungsstraße beim Industriegebiet Stauf-Süd.

Die Hartnäckigkeit der Verantwortlichen der Stadt und verschiedener Stadträte trugen maßgeblich dazu bei, dort eine zukunftsfähige Lösung zu ermöglichen.

Die vor kurzem fertiggestellte Straßenführung spiegelt den Wunsch der örtlichen Verkehrsexperten und der Bevölkerung wieder.

Die hohen Unfallzahlen, mit schwersten Personenschäden, gehören nun hoffentlich der Vergangenheit an.

 Roland Häberl



Ansprechpartner für Stauf:
Martin Sippl
Steierlweg 17
Tel. 25 99 73

CSU Stadtnorden: Berlinfohrt geplant

Der Ortsverband Norden fährt Mitte April 2003 für 3 Tage nach Berlin.

U.a. sind folgende Programmpunkte enthalten: Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen (ehemaliges Stasigefängnis), der Gedenkstätte Staufenberg, des Kanzleramts, sowie des Reichstags. Weitere Details werden momentan noch ausgearbeitet.

Anmeldungen sind bereits möglich bei Herrn Michael Schiller, Tel. 09181 / 43 757. Die Fahrt wird durch den Bundestagsabgeordneten Albert Dess ausgerichtet. Der CSU Ortsverband Stadtnorden lädt Sie alle herzlichst ein.

 Jürgen Bäuml



Ansprechpartner für Stadtnorden:
Albert Körner
Karl-Oppel-Straße 9
Tel. 3 18 04

CSU Pelchenhofen: "Alle Neune" im Stadtmuseum besucht

Die Ausstellung „Alle Neune für Neumarkt“ die einzelne Schritte zur Gebietsreform vom 1. Juli 1972 sehr detailliert aufzeigte, wurde von Magda Burger äußerst interessant vorgeführt.

Für viele war der Besuch ein Anreiz, sich diese Ausstellung nochmals anzusehen, da hier sehr viele Ausstellungstücke bzw. Bildmaterialien aus den ehemaligen selbständigen Gemeinden Lippertshofen und Pelchenhofen stammten.

Die Besucher, die wie vor der Gebietsreform heute noch am gleichen Ort wohnen, beurteilten die Veränderungen und Fortschritte, welche die Reform mit sich brachte, insgesamt sehr positiv. Gerade umfangreichere Maßnahmen hätten von kleinen Gemeinden rein aus finanzieller Sicht nicht mehr durchgeführt werden können.

Auch für die Kinder war der Besuch ein Erlebnis. Zu sehen, in welchen Schulbänken ihre Großeltern und auch noch teilweise die Eltern die Schulzeit meistern mussten, beeindruckte die Kids doch sehr.

Nach dem Besuch des Museums wurde mit einem Bratwustessen in Pelchenhofen im Gasthaus Hirn ein gemütlicher Ausklang der Veranstaltung gefunden.

Nachdem in Frickenhofen ein neuer Standort des Spielplatzes mit neuen Geräten geschaffen wurde, sieht es der Ortsverband als weitere Aufgabe fürs kommende Jahr, an der Verwirklichung eines seit Jahren geplanten Spielplatzes in Lippertshofen mitzuwirken.

Der Ortsverband plant eine gemeinsame Fahrt in die Bundeshauptstadt Berlin, um sich vor Ort über die Arbeit unserer Abgeordneten zu informieren.

Fürs nächste Jahr steht eine Beteiligung an der Aschermittwochsveranstaltung in Passau auf dem Programm.

 Ludwig Stepper



Ansprechpartner Pechenhofen:
Andreas Kölbl
Lamperthofen 5
Tel. 3 14 22

CSU Woffenbach: Verbesserungen wurden bereits umgesetzt

Die CSU Woffenbach will sich nach den Worten ihres Vorsitzenden der Woffenbacher CSU, Georg Kohlmann, intensiv für weitere Maßnahmen im Bereich Schlossensemble und BRK-Seniorenheim einsetzen. Verschiedene bauliche Maßnahmen, wie die Anlage von Parkplätzen und die Verbesserung der Wegebeleuchtung, wurden bereits durchgeführt, oder sind noch vorgesehen.

Durch den weiteren Ausbau des Areals könnte auch ein Naherholungsgebiet erschlossen werden.

Für viele Heimbewohner der BRK Seniorenanlage stünde dadurch ein größerer Bereich zur Verfügung, so Josef Franklerl, stellvertretender CSU-Ortsvor-

sitzender in Woffenbach. Hierzu wurden bereits verschiedene Gespräche geführt. Erfreut zeigte sich die Woffenbacher CSU über den zügigen Ausbau im Bereich der Kindergartenstraße.

Unter anderem wurden dort ein Gehweg und Parkstreifen geschaffen.

Durch die Maßnahmen konnte auch der Zugang zum Kindergarten und den Pfarrsälen sicherer und bequemer gemacht werden.

 Roland Häberl



Ansprechpartner Woffenbach:
Georg Kohlmann
Am Altenweiher 53
Tel. 46 45 31



Am Höhenberg 12 - 92318 Neumarkt i. d. OPE,
Telefon 0 91 81 / 3 27 12 - Telefax 0 91 81 / 4 55 05

www.tagungshotel-schoenblick.de
Info@tagungshotel-schoenblick.de



OV-Mühlen: Erstellung von Ortsteilbroschüren

Der Ortsvorsitzende des CSU-Ortsverbandes Mühlen, Oberbürgermeister Alois Karl, hat der Verwaltung den Auftrag gegeben, dass das städtische Archiv unter der Leitung von Dr. Präger in den nächsten Jahren die einzelnen Stadtteile in separaten Broschüren darstellt.

Damit soll ein heimatgeschichtliches Kompendium entstehen, das die Geschichte, die Herkunft und die Entwicklungen der einzelnen Stadtteile auflistet.

Diese Reihe wird mit einer Abhandlung über die „Gemeinde Mühlen“ begonnen. Angeregt wurde diese Broschüre vom stellv. Vorsitzenden des CSU-Ortsverbandes Mühlen, Werner Thumann, der die Herausgabe wesentlich unterstützen wird. Der CSU-Ortsverband Mühlen hat gerade auf diesem Gebiet in der Vergangenheit doch etliches beigebracht, z. B. eine außerordentlich interessante Veranstaltung zur Heimatgeschichte im örtlichen Gasthaus Schrödl.

Gerade Werner Thumann war es, der mit

alten Fotos den vollbesetzten Saal über die Geschichte von Mühlen aufklärte, der einzigen nicht zusammenhängenden Gemeinde innerhalb des Landkreises Neumarkt.

Erst die rasante bauliche Entwicklung in den fünfziger Jahren hat die heutige Siedlung Mühlen entstehen lassen, den größten zusammenhängenden Baubereich der früheren Gemeinde Mühlen.

In einer weiteren Veranstaltung wird der CSU-Verband Mühlen allen Mitgliedern, aber auch der gesamten Bevölkerung das neue Werk vorstellen und ist sich gewiss, dass auf diese Art und Weise die Verfestigung des Ortsverbandes innerhalb der Bevölkerung weiterhin einen guten Verlauf nehmen wird.

Jürgen Bäuml



Ansprechpartner für Mühlen:
Alois Karl, OB
Grimmstraße 1
Tel. 255 - 123 d.

CSU Stadtosten:

Ludwig Fürst spricht über Kommunalpolitik



Die Delegierten zur Ausstellungsversammlung zur Landtags- und Bezirkstagswahl 2003 mit stv. Landrat Ludwig Fürst

Zur Wahl von besonderen Delegierten zur Aufstellung der CSU-Kandidaten für die Landtags- und Bezirkstagswahl hat sich der Ortsverband im September getroffen.

Stv. Landrat Ludwig Fürst (im Bild dritter von links) begrüßte die Mitglieder und informierte über aktuelle kommunalpolitische Themen.

Zu besonderen Delegierten wurden gewählt (von links nach rechts): Vorsitzender Dr. Peter Donauer, Bezirks- und Kreisrätin

Ursula Steinert, Robert Rieger, Xaver Lang, Franz Wiedmann, Winfried Schiebl, Kreis- und Stadtrat Helmut Lahner.

Irmgard Wanke



Ansprechpartner für Stadtosten:
Dr. Peter Donauer
Ginsterweg 1
Tel. 40 74 00

CSU Stadtsüden: Radweg gebaut

Bei der Versammlung des CSU-Ortsverbandes Neumarkt Stadtsüden fasste Vorsitzender Roland Häberl verschiedene Termine der vergangenen Zeit zusammen. Eines sehr wichtigen Problembereiches hatte sich der Ortsverband in seiner Veranstaltung zum Thema „Gewalt in der Gesellschaft“ angenommen. Auch auf Grund von Gewalttaten in der jüngeren Vergangenheit hatte Sie leider an Aktualität gewonnen. Polizeihauptkommissar Bier-schneider informierte die interessierten Teilnehmer ausführlich und stand zum Gespräch zur Verfügung. Mit Dank an den beteiligten Personenkreis wies Häberl auf eine vor kurzem fertiggestellte Straßenbaumaßnahme hin. Einige Monate, ja Jahre an Verhandlungen mit Dienststellen außerhalb Neumarkts hatte es in Anspruch genommen, bis die Baumaßnahmen begonnen werden konnten. Im Süden der Stadt zwischen Pfleiderer und Delphi wurde eine gefährliche Stelle im Radwegenetz der Stadt entschärft. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben sich bereits anerkennend über das Engagement der beteiligten Personen geäußert. Seit langem hatte der Ortsverband die Maßnahme unterstützt. Häberl wies auf zahlreiche Gespräche und Ortstermine hin.

Alexander Ströber



Ansprechpartner für Stadtsüden:
Roland Häberl
Türnergasse 8
Tel. 01 70 / 2 70 92 43

CSU Höhenberg: Diskussionen um neue Projekte

Intensiv diskutiert die CSU im Stadtteil Höhenberg derzeit einige anstehende Bauprojekte. Eine vom Bausenat der Stadt Neumarkt bereits genehmigte Windenergieanlage der Firma Pfleiderer hat nicht nur Unterstützer vor Ort.

Noch lebhafter wird ein geplanter Autobahnanschluß bei Frickenhofen und eine damit notwendige Ostumgehung von Neumarkt diskutiert. Ziel des Ortsverbandes ist es, mögliche Belastungen für die Bürger offen anzusprechen und für den Fall, dass die Ostumgehung tatsächlich notwendig würde, diese Belastungen zu minimieren. Der CSU Ortsverband Höhenberg wird sich intensiv um diese Belange kümmern und kündigt weiteren Diskussions- und Klärungsbedarf an.

Ludwig Stepper



Ansprechpartner für Höhenberg:
Willi Gebhard, jun.
Almstraße 6
Tel. 3 22 71



KLEBL

BAUUNTERNEHMEN
FERTIGTEILWERKE
BAUSTOFFE
FLIESEN
TRANSPORTBETON

92318 Neumarkt/Opf.
Gössweinstraße 2
Tel. 09181/900-0
Fax 09181/900-205
www.klebl.de



OBI

Herzlich willkommen!

Neumarkt/Opf
Freystädter Straße 11-13
www.obide



Elektroinstallationen von DEHN INSTATEC:

Durch gewissenhafte Planung, gründliche Vorbereitung und zuverlässige, termin-gerechte Ausführung haben wir uns einen guten Ruf erworben.

DEHN INSTATEC GmbH
92318 Neumarkt
Hans-Dehn-Straße 1a
Tel.: 0 91 81/9 06-6 00

AE-CHECK



Die gewissen Extras!

Contur Turn, Schuhschrank, silberfarbig

Kommen Sie, wir beraten Sie gerne.

Die Einrichtung
Creatives Einrichten **Probster**

Hans-Dehn-Str. 24 · 92318 Neumarkt · Tel. 09181/21794

CSU Stadtmitte: Information über den beginnenden AGENDA 21 Prozess



Bei interessanten Vorträgen und geselligen Veranstaltungen treffen sich die Mitglieder der CSU Stadtmitte regelmäßig

Anlässlich einer Mitgliederversammlung informierte Stadträtin und Agenda - Beauftragte Ruth Dorner die Mitglieder des CSU - Ortsverbands Stadtmitte über die neuen Wege die Neumarkt in Zukunft beschreiten will. Zunächst führte sie kurz aus, was Agenda überhaupt bedeutet und welche Ziele der Prozess verfolgt.

Wie Stadträtin Ruth Dorner bemerkte: „Es geht vorrangig um eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie, welche auf eine zukunftsfähige Entwicklung der Erde abzielt, Ziel muss es sein, unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt zu hinterlassen“.

Nachdem der Stadtrat den Beschluss gefasst hatte, einen lokalen Prozess nach dem Ingolstädter Modell zu entwickeln, soll in Neumarkt ein lokales Leitbild für die Zukunft entstehen. In unterschiedlichen Arbeitskreisen sollen nun mit hoher Bürgerbeteiligung und im Dialog miteinander, Konzepte und Visionen für die Zukunft entwickelt werden.

Die Ortsvorsitzende, Stadträtin Gisela Burger, betonte im Anschluß: „Die Agenda lebt von der Bürgerbeteiligung. Es ist wichtig dass sich der Einzelne aber auch unterschiedlichste Gruppierungen in der Stadt effektiv einbringen. Ziel muss die Weiterentwicklung und das Wohl der Stadt Neumarkt sein“.

Wie Stadträtin Ruth Dorner weiter ausführte, ist es wichtig eine repräsentative Einschätzung des Bürgerwillens zu bekommen. Dies soll nächstes Jahr bei einer groß angelegten Auftaktveranstaltung und bei sogenannten Bürgerkonferenzen geschehen. Die Mitglieder des Ortsverbandes waren sich einig, dass dies eine sehr gelungene und informative Veranstaltung war.



Alexander Pröbster



Ansprechpartner für Stadtmitte:
Gisela Burger
Mussinanstraße 143
Tel. 4 36 34

CSU Holzheim: Mitgliederzuwachs angestrebt

Der CSU-Ortsverband Holzheim unter Vorsitz von Alfred Götz traf sich im „Tiroler Hof“, um die Delegierten für die Kreisdelegiertenversammlung zu bestimmen. Andreas Betz und Siegfried Hauff werden Holzheim künftig vertreten.

Nach dem Wahlvorgang, geleitet von Helmut Jawurek, wurden noch einige Themen lebhaft diskutiert.

Vor allem die Unionsverluste und die Situation innerhalb Deutschlands war Gegenstand einer längeren Debatte.

Im Rückblick auf die Situation nach der Bundestagswahl und der jetzt spürbaren Konsequenzen für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer, sprach man sich dafür aus, die Anzahl der Mitglieder in Holzheim, obwohl sie um 40% gestiegen, noch weiter auszubauen.

Nur ein stärkeres Engagement der Bürger auch als Wähler kann diese Situation umkehren.

Zahlreiche Veranstaltungen in den kommenden Monaten sollen dazu beitragen, das

Interesse am politischen Geschehen in der Holzheimer Bevölkerung zu wecken.

Der Ortsverband wird die Veranstaltungen bekannt geben und hierzu einladen.



Irmgard Wanke



Ansprechpartner für Holzheim:
Alfred Götz
Maienbreite 11
Tel. 46 24 27

OV Wolfstein: Hilfe für Togo wird angegangen

Am 30. Oktober veranstaltete der CSU-Ortsverband Wolfstein eine Mitgliederversammlung im Gasthof Wanke. Neben einem Rückblick auf die letzten Veranstaltungen, den Bundestagswahlkampf und dessen Ergebnis wurden insbesondere die Aktivitäten für die nächsten Monate festgelegt. So will man noch einmal versuchen, einen Besuch im Eissportstadion Nürnberg, der „Arena“, zu organisieren und neben einer Besichtigung der Einrichtung auch noch ein Eishockeyspiel zu besuchen.

Ferner liegt seitens der Alfons Goppel

Stiftung nun ein konkretes Projekt vor, welches durch Verbandsarbeit unterstützt werden könnte. Es handelt sich dabei um den Bau eines Kinderhauses in Nord-Togo. Dort werden Straßenkinder häufig von Schlepperbanden entführt, in Großstädte gebracht und dort zu Zwangsarbeit und Prostitution gezwungen.

Der finanzielle Aufwand zur Errichtung eines Kinderhauses beträgt ca. 32.000,- €. Durch verschiedene Aktionen will der Ortsverband Wolfstein zusammen mit anderen Ortsverbänden versuchen, zur

Beschaffung der notwendigen Mittel beizutragen. Nach Vorstellung dieses Projektes folgte noch eine rege Diskussion aktueller kommunaler Themen.

Abschließend konnte noch Herr Rudolf Fürsich für seine 30jährige Mitgliedschaft bei der CSU geehrt werden.



Ludwig Stepper



Ansprechpartner für Wolfstein:
Ludwig Stepper
Bayernstraße 22
Tel. 4 16 97



SICHERHEITSDIENST GmbH

Ihr Partner für Ihre Sicherheit !

www.sicherheitsdienst-gmbh.de



SD GmbH - Fuchsberg 16 - 92318 Neumarkt - Tel.: 09181/4748-0 - Fax: 4748-50



Via Castello

Die Macht des Steins

Zarte Muschelkalktöne und warme Sandsteintöne, wie von der Natur geschaffen sind zeitlos und beflügeln Ihre Stimmung.

Den Charme der einzigartigen Oberfläche erleben mit Ihrem Farbenspiel. Via Castello bringt Abwechslung in der Gestaltung Ihrer Fläche.



Gestaltung mit vielen Gesichtern



Egner Pflastersteine
Regensburger Straße 160
92318 Neumarkt

E-Mail: info@egner-pflastersteine.de
Internet: www.egner-pflastersteine.de

Telefon 0 91 81 / 48 06 - 0
Telefax 0 91 81 / 48 06 - 50

Alle zaubern jetzt ihre Angebote aus dem Ärmel



Mit unserem Full-House haben Sie das bessere Blatt

Alle übertrumpfen sich mit den schönsten Angeboten. Doch Sie sollten jetzt nicht alles auf eine Karte setzen. Mit uns haben Sie das bessere Blatt. Ob mit Strom, Gas oder Wasser - wir versorgen Sie. Zuverlässig und störungsfrei. Ohne Tricks, dafür mit Rot und Tat. Auch unsere Stadtbusse bringen Sie pünktlich hin und zurück. In unserem Freibad kann sich jeder erholen und vergnügen. Unsere Parkhäuser bieten ausreichend Platz - direkt in der City. Wollen Sie uns einmal in die Karten schauen, dann rufen sie doch einfach an. 09181/239-0.

Stadtwerte Neumarkt
Ingolstädter Straße 18
92318 Neumarkt i.d.OPf.



- Strom
- Gas
- Wasser
- Wärme
- Bäder
- Stadtbusse
- Parkhäuser

Dimensionen neuen Denkens*

* „Gute Ideen verändern die Welt. Neues Denken führt zu kreativen Lösungen. Wir bauen die Zukunft.“

www.max-boegl.de

Hochbau
Ingenieurbau
Stahl- und Anlagenbau
Verkehrswegebau
Wasserstraßenbau
Tunnelbau
Brückenbau
Umwelttechnik
Bauwerkserhaltung

MAX BOEGL

Fortschritt baut man aus Ideen.

Postfach 1120 · 92301 Neumarkt · Telefon (09181) 909-0
Telefax (09181) 905061 · info@max-boegl.de

FU Neumarkt: Ausflug in den Böhmerwald

Der Kreisverband der CSU-Frauenunion Neumarkt besuchte das Nachbarland Tschechien. Ziel der Studienreise war Südböhmen, der Nationalpark Böhmerwald und das internationale Musikfestival in Krumau. Die Kreisvorsitzende, Bezirksrätin Ursula Steinert und ihre Stellvertreterin, Stadträtin Hela Buchner, hatten das vielseitige Programm aus Politik, Kultur und Theater zusammengestellt.

Erstes Ziel war das Zisterzienserkloster Hohenfurth, das hoch über der Moldau liegt. Seit 1990 ist dieses Kloster wieder mit Leben gefüllt, denn die dortigen Mönche sorgen für den Wiederaufbau und die Bewahrung der Kunstschätze.

Auf dem Besichtigungsprogramm stand natürlich auch Budweis, die Hauptstadt

Südböhmens. Bekannt als Stadt weltberühmter Bierbrauereien findet sich hier, neben anderen touristischen Attraktionen, einer der schönsten und größten Marktplätze Böhmens.

In der Nähe liegt das Schloß Frauenberg, welches seinen märchenhaften Tudorstil von der Fürstin Elenore von Schwarzenberg im 19. Jahrhundert erhalten hat.

Über Prachatitz ging die Reise hinein in den Böhmerwald zum Lippener-Stausee, der Heimat des Dichters Adalbert Stifter.

Höhepunkt der Studienreise: Der Tag im Örtchen Krumau an der Moldau. Heute ein Weltkulturerbe, bietet dieses Kleinod des Mittelalters den Reisenden das Renaissance-schloß, das Egon-Schiele-Zentrum und

die St. Veitskirche. Das Abendessen in einer alten Brauerei sowie die Operaufführung von Rigoletto im historischen Schloßparktheater waren ein unvergeßliches Erlebnis für alle Teilnehmer.

Auf der Heimreise rundeten der Besuch der Städte Pisek, Klattau und Taus die erlebnisreiche Reise ab.

Die Frauenunion Neumarkt war sich am Ende einig, die Reisen in die reiche historische Kultur Osteuropas, werden fortgesetzt.

Jürgen Bäuml



Ansprechpartner FU:
Hela Buchner
Flurstraße 20
Tel. 81 36

MU Neumarkt: Der Staat frisst seine mittelständischen Unternehmen

Arbeitsplätze entstehen, wenn die Unternehmen wieder Mut fassen.

Bei dem regelmäßig stattfindenden Stammtisch der Mittelstandsunion Neumarkt konnten durch den Vorsitzenden Dr. Alexander Ströber mehr als 20 Mitglieder und Gäste begrüßt werden.

Dieses Treffen findet jeden ersten Dienstag im Monat in Figaros Weinstube in der Mariahilfstrasse statt. Hierzu ist jeder Interessierte recht herzlich eingeladen.

Aus aktuellem Anlass war unter den Anwesenden der Diskussionsbedarf sehr groß. Der Zorn und die Betroffenheit auf die anstehende Beitragserhöhung bei den Betriebskrankenkassen war deutlich. Diese werden per Gesetz dazu gezwungen, sich

den schlechter wirtschaftenden Kassen anzupassen.

So würde die Betriebskrankenkasse Mobil-Oil ohne die Unterstützungszahlungen mit einem Beitragssatz von 4,1 Prozent auskommen.

Das BVA ordnete am 24.9.2002 einen Beitragssatz für die Versicherten dieser BKK in Höhe von 12,8 Prozent zum 1. Oktober 2002 an.

Diesen hält die BKK MOBIL OIL für unbegründet und überhöht; daher wird die Anordnung zur Zeit vor dem Landessozialgericht Niedersachsen beklagt.

Das einst von Seehofer eingebrachte Wettbewerbsprinzip unter den Kranken-

kassen steht vor dem Aus. Die damit verbundene Erhöhung der Lohnnebenkosten ist verheerend und setzt falsche Signale. Auch die Auswirkungen des neuen Betriebsverfassungsgesetzes stellen die ansässigen mittelständischen Unternehmer vor kostentreibende Probleme.

Der Vorsitzende Alexander Ströber meint dazu, daß Arbeitsplätze nur dann entstehen können, wenn Unternehmen Mut in die Zukunft haben und wirtschaftliche Chancen sehen.

Jürgen Bäuml



Ansprechpartner MU:
Dr. Alexander Ströber
Am Evangelienstein 13
Tel. 47 69 0

JU Neumarkt: Markus Ochsenkühn ist neuer Ortsvorsitzender

Im Oktober hat die Junge Union ihre Mitgliederversammlung mit turnusgemäßen Neuwahlen abgehalten.

Im Rückblick auf die letzten zwei Jahre hob der Vorsitzende Christian März mehrere Highlights der JU-Arbeit hervor.

So waren dies u.a. die „Aktion Pro Nightlife“, in der mehrere Tausend Unterschriften gegen die Sperrzeitverlängerung gesammelt wurden, sowie der Erfolg bei den Kommunalwahlen. Die anschließenden Neuwahlen brachten einen neuen Vorsitzenden hervor.

Markus Ochsenkühn, ein junger und agiler

Jungunternehmer, war bisher der stellvertretende Vorsitzende und hatte mit seiner Kandidatur auf Anhieb Erfolg.

Zu seinen Stellvertretern wurden Alfred Götz, Andreas Dess und Max Federhofer gewählt.

Das neugewählte zwanzigköpfige Vorstandsteam beschloss in der ersten Sitzung mehrere Arbeitskreise einzuführen.

So wollen die jungen Politiker Themen wie Altstadtfest, Internet, Verkehr, Bau und Bildung enger in den Blickwinkel zurücken.

Neben dieser umfangreichen Themenliste

will sich die JU Neumarkt, als größter Ortsverband im Kreis bei den anstehenden Kreiswahlen entsprechend positionieren.

Anlässlich seiner Antrittsrede meinte Ochsenkühn: „Die JU Neumarkt ist keinesfalls ein stummer Ja-Sager ohne Meinung.“

Vielmehr eine junge, aufmerksame und erfrischende Ergänzung zur CSU-Mutterpartei“.

Ludwig Stepper



Ansprechpartner JU:
Markus Ochsenkühn
Sulzbürger Straße 30
Tel. 01 71/ 14 23 071

Höhere Beiträge und schlechtere Versorgung der Patienten

Folgen des Vorschaltgesetzes im Gesundheitswesen

Leider hat die rot-grüne Bundesregierung hat genau wie nach dem Regierungswechsel 1998 erneut einen kapitalen Fehlstart hingelegt. Nachdem noch kurz vor der Bundestagswahl eine Finanzkrise der Sozialversicherungen vehement geleugnet wurde, muss Bundesministerin Schmidt nun kurz nach der Wahl den Offenbarungseid leisten.

Finanzkrise ist hausgemacht

Statt schwarzer Zahlen und stabiler Beiträge wird die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zum Jahresende ein Defizit von 2,5 bis 3 Milliarden Euro ausweisen. Die Ursachen für diese finanzielle Misere sind nicht etwa die Folgen einer irgendwie gearteten globalen wirtschaftlichen Entwicklung, sondern allein Konsequenz einer völlig verfehlten Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. Ferner hat die Bundesregierung die Einnahmehöhe der GKV durch Verschiebepolitik zu Gunsten des Bundeshaushaltes und anderer Sozialversicherungen massiv belastet. Allein 2001 und 2002 musste deshalb der durchschnittliche Kassenbeitragsatz um 0,4 Prozentpunkte erhöht werden. Auch mit dem Vorschaltgesetz werden SPD und Grüne der GKV mit der rechten Hand Milliardensummen entziehen und sammeln die Fehlbeträge dann mit der linken Hand bei den Leistungserbringern wieder einsammeln.

Beiträge steigen und die Versorgung der Patienten leidet

Angesichts dieser katastrophalen finanziellen Fehlentwicklung soll jetzt in einem höchst fragwürdigen Hauruckverfahren ein sogenanntes Vorschaltgesetz den unvermeidbaren Beitragsanstieg vermeiden. Das Einsparziel von 3 Mrd. Euro steht allerdings auf tönernen Füßen. Alleine durch das Hartz-Konzept drohen der GKV zusätzliche Belastungen von über 1 Mrd. Euro. Die Umsatzsteuererhöhung für zahntechnische Leistungen wird mit weiteren 200 Mio. Euro zu Buche schlagen. Die erstmalige Entgeltumwandlung im Zusammenhang mit der Einführung der Riester-Rente wird nach Einschätzung der Krankenkassen Einnahmeverluste von rund 1 Mrd. Euro im Jahr 2003 zur Folge haben. Deshalb gehen die Kassen schon jetzt davon aus, dass vom ursprünglich anvisierten Sparvolumen bestenfalls 1 Mrd. Euro übrig bleiben werden. Sollten darüber

hinaus Krankenhäuser in großem Umfang mit dem neuen Fallpauschalensystem zum 1. Januar 2003 beginnen wollen, wird dies das angepeilte Einsparvolumen weiter reduzieren. Denn statt Einsparungen könnten Mehrkosten von bis zu 450 Mio. Euro entstehen. Damit müssen sich die Versicherten im kommenden Jahr trotz des Vorschaltgesetzes auf Krankenkassenbeiträge von durchschnittlich 14,5 Prozent einstellen. Es ist daher gegenüber den Patienten und den Leistungserbringern im Gesundheitswesen eine Zumutung, von diesen einerseits erhebliche Einschränkungen zu verlangen und die abgepressten Finanzmittel andererseits zur Sanierung anderer Haushalte zu verwenden.

Kahlschlag gefährdet Existenzen und Arbeitsplätze

Nullrunden für Ärzte, Krankenhäuser und Zahntechniker, Zwangsrabatte für Apotheker, pharmazeutische Hersteller und den Großhandel sowie willkürliche Preisabsenkungen bei Zahntechnikern stellen nicht nur einen dreisten Eingriff in das System der Selbstverwaltung dar. Mutwillig gefährdet rot-grün die wirtschaftliche Existenz vieler Leistungsanbieter, vernichtet Zehntausende Arbeitsplätze im Gesundheitswesen und verschlechtert weiter die Qualität der medizinischen Versorgung. Statt für mehr Beschäftigung zu sorgen, verschärft die Bundesregierung mit diesem Schritt die Einnahmesituation der Sozialkassen.

Mehr Planwirtschaft statt Wettbewerb

Das Vorschaltgesetz, das aus einem zustimmungsfreien (Beitragsatzsicherungsgesetz) und einem zustimmungspflichtigen Teil (12. SGB V-Änderungsgesetz) besteht, ist am 15. November im Bundestag verabschiedet worden. Beide Gesetze sind ein weiterer Schritt hin zu einem staatlich gelenkten Gesundheitssystem. Als Ergebnis der rot-grünen Chaospolitik drohen nicht nur massive Mehrbelastungen der Beitragszahler und Arbeitgeber sowie damit verbunden ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen, sondern auch eine erhebliche Verschlechterung der Versorgung für Patienten. Beide Gesetze zeigen eindeutig, dass die Bekenntnisse der Bundesregierung zu mehr Flexibilität und

Wettbewerb im Gesundheitswesen reine Lippenbekenntnisse sind. Staatlicher Dirigismus und planwirtschaftliche Bevormundung sind die ungeliebten Vorboten der großen Gesundheitsreform, die Bundeskanzler Schröder angekündigt hat. Entgegen der Behauptungen der rot-grünen Bundesregierung wird das GKV-Vorschaltgesetz Leistungseinschränkungen für die Patienten bringen und höhere Kassenbeiträge nicht verhindern können.

 Harald Frank

Die Maßnahmen des Beitragssatzsicherungsgesetzes (BSSichG)

Rabatte der pharmazeutischen Unternehmer, des Großhandels sowie nach Arzneimittelpreisen gestaffelte Rabatte der Apotheken an die Krankenkassen.

Anhebung der Versicherungspflichtgrenze auf 3.825 Euro. Für die am Jahresende privat krankenversicherten Arbeitnehmer wird die Versicherungspflichtgrenze auf dem bisherigen Niveau festgeschrieben.

Kürzung des Sterbegeldes um die Hälfte. Nullrunde für die Vergütungsvereinbarung in der stationären sowie der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung im Jahre 2003. Ausgenommen sind Vergütungen im Rahmen von Strukturverträgen (DMPs). Auch für den stationären Bereich gelten Ausnahmeregelungen. So sollen z.B. Krankenhäuser, die ihre Abrechnungen ab dem 01.01.2003 auf das Fallpauschalensystem umstellen, von der Nullrunde ausgenommen bleiben.

Nullrunde für die Vergütungsvereinbarungen für zahntechnische Leistungen im Jahre 2003 sowie Preissenkung für zahntechnische Leistungen um 5 Prozent in der GKV.

Den Krankenkassen wird bis zum 31.12.2003 untersagt, ihre Beitragssätze anzuheben. Beitragssatzerhöhungen sind nur dann zulässig, soweit sie durch Veränderungen der Verpflichtungen oder Ansprüche im Risikostrukturausgleich zwingend erforderlich sind, sowie in Fällen, in denen der Bestand einer Krankenkasse durch die Beitragssatzfestschreibung gefährdet ist.

Kunst und Kultur am Klinikum

- Das Klinikum Neumarkt geht neue Wege -

Im Mai 2001 hat sich im Klinikum Neumarkt der Arbeitskreis „KLIK“ (Klinik + Kunst) aus 10 Mitarbeitern aller Berufsgruppen gebildet, um für die Patienten den oft unfreiwilligen Aufenthalt im Krankenhaus etwas angenehmer zu machen und die funktionell nüchterne Klinik attraktiver zu gestalten.

Ziel der Gruppe „KLIK“ ist es, die Wände mit Bildern und den Außenbereich des Klinikgeländes mit Plastiken und Objekten zu schmücken.

Mit musikalischen und literarischen Kulturangeboten will „KLIK“ den ganzheitlichen Anspruch des Krankenhauses abrunden und das Wohlbefinden der Patienten und Mitarbeiter steigern.

Diese Aktivitäten vervollständigen die Bedürfnisabdeckung der Menschen im Krankenhaus. Sie werden nicht nur in ihren körperlichen, sondern auch mit ihren seelischen und geistigen Ansprüchen wahrgenommen.

Die Gruppe will dem Patienten Annehmlichkeiten vermitteln und so auch zu einer baldigen Genesung beitragen. Das Krankenhaus soll nicht nur eine Reparaturwerkstatt für den Körper sein, sondern auch eine Werkstatt für den Geist und die Seele von Patienten, Besuchern und Mitarbeitern werden.

Besucher sollen die Krankenhausschwelle angstfrei überschreiten und sich vielleicht bei einem künftigen Krankenhausaufenthalt schon etwas heimischer fühlen

Ein wichtiger Schritt wurde bereits mit der ersten Ausstellung erreicht. Durch die guten Kontakte von Chefarzt Dr. Claus Wiedmann konnte der renommierte Parsberger Künstler, Fred Ziegler gewonnen werden. Landrat Albert Löhner und Chefarzt Dr. Wiedmann eröffneten am 3. August 2001 in Anwesenheit des Künstlers und im Beisein von über 70 interessierten Besuchern die Ausstellung auf Station 3A.

Bereits im Eingangsbereich empfing der Künstler während der Ausstellung die Besucher des Klinikums mit einer Objektinstallation. Neun in Ton gebrannte und gelb lasierte Pagoden gruppierte er als Energiequelle um die große Lichtsäule im Zentrum der Halle.

Zahlreiche Patienten und Besucher konnten bis zum 16. September 2001 die Klinikwelt mit anderen Augen sehen und sich mit Kunst auseinandersetzen.

In allen Arbeiten des Künstlers findet sich, immer in verschiedenen Zusammenhängen, das leuchtende Cadmiumgelb.

Mit der Farbe Gelb zeigte Fred Ziegler in immer neuen Versuchsanordnungen Wärme, Energie und Strahlung.

Die im Klinikum dargestellten Kunstwerke und Kulturangebote sollen zeigen, dass Kunst im Krankenhaus kein Fremdkörper ist, sondern tragender Bestandteil einer neuen „Heilkultur“, einer modernen Philosophie von Gesundheitsförderung.

Kunst kann trösten und beschwichtigen, aber auch irritieren und zur geistigen Auseinandersetzung anregen und so die anerkannt heilende Wirkung entfalten.

Die Wirkung eines Bildes liegt im Unerkennlichen, in dem, was die Seele den Farben, Formen und Linien hinzufügt.

Kunst kann Vertrauen in das Leben schaffen, um es auch für andere lebenswerter zu gestalten.

Sie kann provozieren und Anreize einbringen um vielleicht Hoffnungen, Gefühle und Gedanken Wirklichkeit werden zu lassen.

„KLIK“ will außerdem Künstler fördern und gesunde und kranke Menschen, die in das Klinikum Neumarkt kommen mit Kunst konfrontieren.

Das Klinikum Neumarkt will sich mit der Idee „Kunst und Kultur“ noch mehr nach außen öffnen, um so seinen Teil zum sozialen und kulturellen Leben der Stadt und des Landkreises Neumarkt beizutragen.



Die Verantwortlichen von „Klik“ machen sich viel Arbeit

Kulturelle Aktivitäten 2001

03.08 – 16.09.2001:

Kunstaussstellung mit dem Maler Fred Ziegler

16.11.2001:

„Herbstlaub“ Ein Mundartabend mit dem Sindelbacher Kreis

09.12.2001:

Adventliche Musik für Gesang und Orgel

23.12.2001:

Weihnachtliche Musik mit dem Evangelischen Posaunenchor Neumarkt

Kulturelle Aktivitäten 2002

24.01.2002 Musikkabarett „Der kleine Troll“ als Kindervorstellung und „Jawohl ich bin ein Troll“ als Abendveranstaltung mit Matthias Brandstätter

22.02 – 07.04.2002: Kunstaussstellung mit dem Maler und Bildhauer Hermann Frauenknecht

17.03.2002: Klassik zur Fastenzeit mit dem Mandolinen-Ensemble Seubersdorf

01.05.2002: Thomas-Messe mit der Sengenthaler Stubenmusik Ganzjährige Installationen im Rosengarten des Objektkünstlers Franz Kunkel

17.05.2002 – 16.05.2003: Ganzjährige Installation im Rosengarten von Objektkünstler Franz Kunkel

31.05.2002: Ein Melodienstrauß mit dem Männer-Gesang-Verein Mühlhausen

21.07.2002: Sommerfest im Rosengarten

Jürgen Bäuml



*Fehlt nur noch das
neue Bad von:*

KnixA

industrie + haustechnik

Tyrolsberger Str. 27, 92318 Neumarkt
Tel. 09181/2676-0 Fax 09181/2676-11

FISCHER OBJEKTVERWALTUNGEN

VERWALTUNG VON

- EIGENTUMSWOHNANLAGEN
- MEHRFAMILIENHÄUSERN
- GEWERBEOBJEKTEN

ZUVERLÄSSIGE ERSTELLUNG VON

- MIETER - BETRIEBSKOSTEN
- WEG - ABRECHNUNGEN
- HEIZKOSTENERMITTLUNG

• Feldstraße 9b
92353 Postbauer-Heng
Tel: 0 91 88/ 37 28
Fax: 0 91 88/ 37 29



GJS
EINLAGELOS GEBÄUDEFRITTE

- ▲ Gebäudemehrigung
- ▲ Motorservier
- ▲ Hausrekonditionier

**MIT UNS
LÄUFT'S
EINFACH
BESSER.**

Service-Line: 0 91 81/63 52

Gesellschaftsform: OH
92318 Neumarkt
www.gjs-gesellschaftsform.de

FS-Fuchs

Systembau GmbH

Internet: www.fuchs-systembau.de



FS-Fuchs
Systembau GmbH

Mühlstraße 11
92318 Neumarkt/DPL
Telefon 0 91 81/46 95 - 0
Telefax 0 91 81/46 95 - 45
E-Mail: info@fuchs-systembau.de




Danke für Ihr Vertrauen

Wir wünschen fröhliche Weihnachten,
ruhige Feiertage
und einen guten Start
ins neue Jahr.



IMMOBILIEN VERSICHERUNGEN VERMÖGEN

Regensburger Straße 7 Tel.: 09181 - 22157
92318 Neumarkt Fax.: 09181 - 2417

Ihr schönster Tag
im Leben
braucht das richtige
Bild



Dafür gibt es uns!
Wir halten Sie im Bild fest
ob romantisch
ob modern
bei uns sind Sie in
professionellen Händen
Wir fotografieren gerne auch
in der Kirche
oder auf Ihrer Feier!
Kommen Sie zu einer unver-
bindlichen Beratung vorbei,
wir freuen uns auf Sie!

**Foto Studio
Stegmeier**

92318 Neumarkt, Bahnhofstr. 11
Tel. 09181/905374

www.foto-stegmeier.de

J.P. J. PRÖPSTER

Fabrik für Blitzschutz- und Erdungsmaterial

- Blitzschutzbauteile
- Erdungsmaterial
- Überspannungsschutzgeräte



Zertifiziert nach
DIN EN ISO 9001
immer eine Idee voraus

Werk 1:
Regensburger Str. 116
92318 Neumarkt/Opl.
Tel.: (0 91 81) 25 90 - 0
Fax: (0 91 81) 25 90 - 10

Werk 2:
Lerchenstraße 48
99688 Frankenberg/Sach.
Tel.: (03 72 06) 25 92
Fax: (03 72 06) 28 21

Prominenten Besuch aus Berlin erwartet der CSU Stadtverband Neumarkt zum Neujahrsempfang 2002: Der stv. CSU-Parteivorsitzende **Horst Seehofer (53)**, Bundesminister a.D. und derzeit stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, spricht am 18. Januar 2003 im Historischen Reitstadl zu geladenen Gästen aus Stadt und Landkreis Neumarkt.

Seit vielen Jahren ist der Neujahrsempfang der CSU ein besonderes gesellschaftliches Ereignis, das bekannte Politiker nach Neumarkt führt.

Zuletzt kamen CSU-Generalsekretär **Dr. Thomas Goppel (1999)**, der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag **Alois Glück (2000)**, der Landtagspräsident von Niederösterreich, **Mag. Edmund Freibauer (2001)** und Staatsminister **Erwin Huber (2002)** in die Pfalzgrafenstadt Neumarkt i.d.OPf.



Bundesminister a.D. Horst Seehofer



Super Vertretung in Berlin: die drei CSU-Abgeordneten aus dem Raum Amberg-Neumarkt: Barbara Lanzinger, Rudolf Kraus und Albert Deß (v.l.n.r.)

Besser als erhofft schnitten die CSU-Kandidaten aus dem Bundeswahlkreis Amberg-Neumarkt bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 ab. Durch das tolle CSU-Ergebnis (58,6 Prozent der Stimmen in Bayern) gehören neben dem Direktabgeordneten **Rudolf Kraus (61)** auch der bisherige Listenabgeordnete **Albert Deß (56)** und neu die Amberger Bürgermeisterin **Barbara Lanzinger (48)** dem neuen Deutschen Bundestag an.

Ein großartiger Erfolg war das diesjährige Friedenskonzert, das von Bürgermeister **Arnold Graf (62)** initiiert wurde.

26 junge Musiker im Alter von 14 bis 18 Jahren aus Ungarn, Tschechien, Rumänien, Russland und Kroatien waren zu einem musikalischen Workshop nach Neumarkt gekommen. Oberbürgermeister **Alois Karl (52)** lobte besonders den engagierten Dirigenten des Friedenskonzertes **Christoph Bauer (24)** aus Neumarkt.

Er war Mitglied der Camerata und der Städtischen Musikschule. Derzeit studiert er Dirigieren und Orchesterleitung an der Musikhochschule in Würzburg.



Arnold Graf, Christoph Bauer und Alois Karl freuen sich über ein sehr gelungenes Friedenskonzert. (v.l.n.r.)



Gute Laune bei der Kandidatennominierung: Herbert Fischer, Hans Spitzner, Ursula Steinert, Hans Bradl und CSU-Stadt-Chef Helmut Jawurek (v.l.n.r.)

Die CSU hat Weichen für die Landtagswahlen 2003 frühzeitig gestellt. CSU-Stadtverbandsvorsitzender **Helmut Jawurek (39)** freute sich über ein geschlossenes und überzeugendes Ergebnis bei der Nominierung der Kandidaten für die Landtags- und Bezirkstagswahlen im September 2003.

Hans Spitzner (59) wurde als Direktabgeordneter für die Landtagswahlen und **Hans Bradl (61)** als Direktabgeordneter für den Bezirkstag nominiert. Auf der Oberpfalzliste sollen wie bisher **Herbert Fischer (62)** für den Landtag und **Ursula Steinert (57)** für den Bezirkstag kandidieren.

Großes Engagement zeigte die CSU und besonders auch die Junge Union Neumarkt im Wahlkampf bei der Bundestagswahl.

Der neue Ortsvorsitzende der Jungen Union, **Markus Ochsenkühn (27)**, war mit seinen Helfern oftmals im Einsatz.

Großen Zuspruch fanden die Informationsstände vor dem Rathaus, wo zahlreiche Informationsbroschüren und Werbematerialien an interessierte Bürger verteilt wurden. Mit rund 120 Mitgliedern zählt der Ortsverband der Jungen Union in Neumarkt zu den größten in Bayern.



Markus Ochsenkühn (Bildmitte) ist neuer Ortsvorsitzender der Jungen Union.